

Menschenrechtspreis 2007 der Friedrich-Ebert-Stiftung

Премия Фонда Фридриха Эберта по правам человека 2007 г.



Mit Leitartikeln über Demokratie und
Menschenrechtsförderung sowie die Lage
der Menschenrechte in Zentralasien

С передовыми статьями о демократии
и поддержке прав человека, а также о ситуации
по правам человека в Центральной Азии

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Menschenrechtspreis 2007
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Премия Фонда Фридриха Эберта
по правам человека 2007 г.



A background image showing a bridge with several concrete pillars supporting it, spanning over a body of water. The image is slightly faded and serves as a backdrop for the table of contents.

INHALT

7

Ein steiniger Weg? Demokratie und Menschenrechtsförderung in Theorie und Praxis

von Daniela Hinze

19

Der Fall Zentralasien

von Anna Wolf

31

Bibliographie

34

Allgemeine Definition des Begriffs Menschenrecht

38

Die strategischen Interessen der EU: Sicherheit und Stabilität

40

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zentralasien

42

Weiterführende Literatur

46

Curriculum Vitae

Jevgenij Zhovtis

49

Eröffnungsrede zur Verleihung des Menschenrechtspreises 2007

Anke Fuchs

Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

59

Rede des Preisträgers

Jevgenij Zhovtis

73

Russische Fassung

141

Impressum



Ein steiniger Weg?

Demokratie und Menschenrechtsförderung in Theorie und Praxis

von Daniela Hinze

Die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit hat in den letzten zwei Jahrzehnten in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewonnen. Gerade nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Lagers kam es zu einer „Demokratisierungswelle“, die, wenn auch von kritischen Stimmen begleitet, nach den Anschlägen vom 11. September einen erneuten Aufschwung erlebte. Dabei hat sich gezeigt, dass Demokratie- und Menschenrechtsförderung keine leichten Aufgaben sind, sondern viele Fallstricke enthalten, die es von Demokratieförderern zu beachten gilt. Viele Fragen sind noch offen: Wie weit und wie schnell kann und darf Demokratisierung gehen? Unter welchen Umständen und zu welchen Bedingungen darf externe Demokratisierung erfolgen?

Alle wichtigen „Geberländer“ in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit haben sich prinzipiell zu einer demokratie- und menschenrechtsorientierten Entwicklungspolitik bekannt. 1990 bezeichnete der damalige Präsident von Tansania, Ali Hassan Mwinyi, Demokratie und Menschenrechte als zwingende Voraussetzung für Entwicklung. Auch die Abschlusserklärung der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993, welche 171 Staaten unterzeichneten, betonte ausdrücklich die enge Verbindung und gegenseitige Abhängigkeit von Demokratie, Entwicklung und der Achtung der Menschenrechte bzw. der menschlichen Grundfreiheiten.

Zuletzt verpflichteten sich alle anwesenden Staaten des Millenniumsgipfels der Vereinten Nationen im Jahr 2000 einmütig, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung von international anerkannten Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, zu fördern und zu stärken.

**Rechtsstaatlichkeit
ist ein zentrales
Merkmal einer
jeden Demokratie.
Es gilt als
Voraussetzung,
demokratischen
Strukturen
Stabilität zu
geben und Willkür
durch den Staat
auszuschließen.**

Rechtsstaatlichkeit ist ein zentrales Merkmal einer jeden Demokratie. Es gilt als Voraussetzung, demokratischen Strukturen Stabilität zu geben und Willkür durch den Staat auszuschließen. Nur durch den Schutz von Gesetzen, der Gewaltenteilung, „checks and balances“, gegenseitige Kontrolle der Staatsorgane oder die Unabhängigkeit der Justiz können demokratische Strukturen nachhaltig bestehen. Das staatliche Handeln ist somit an die Gesetze gebunden und gewährt jedem Bürger Rechtssicherheit bezüglich seiner Menschenrechte.

Menschenrechte sind ein elementarer Bestandteil von Demokratie. Ohne die Gewährleistung grundlegender politischer und bürgerlicher Rechte ist eine Demokratie und die damit einhergehende Partizipation nicht realisierbar. Auch die Wahrung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten hat in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen, da die Nichtgewährung dieser Rechte eine Destabilisierung der Gesellschaft zur Folge haben kann. Somit ist die Förderung der Menschenrechte ein elementarer und fester Bestandteil der Demokratieförderung.

Definitionen externer Demokratie- und Menschenrechtsförderung

Was bedeuten Demokratie und (externe) Demokratieförderung? Darüber gibt es unterschiedliche Ansichten. Für die nachstehenden Ausführungen sollen die folgenden Definitionen zu Grunde gelegt werden:

Als externe Demokratieförderung versteht man den Versuch von Akteuren, das politische System und die Strukturen der politischen Entscheidungsprozesse eines Staates mit verschiedenen Instrumenten so zu verändern, dass das neue System zunächst die Minimalkriterien eines demokratischen Systems erfüllt. Offene Transformationsprozesse in Richtung Demokratie werden hierbei mit Hilfe von außen unterstützt. Dabei gibt es den Unterschied zwischen externen Einflüssen, die nur indirekt oder gezielt auf Demokratisierungsvorgänge einwirken.

Was zu den Minimalkriterien von Demokratie zählt, ist ebenso umstritten, wie die Frage, was für Charakteristika eine ausnahmslos gut funktionierende Demokratie hat. Fernab der idealen Demokratie und dem in Gänze ausgerichteten autoritären Regime gibt es eine große Grauzone, die Peter Burnell als „democracy with adjectives“ (semi, partial, limited, quasi, low-intensity, illiberal democracy etc.) oder als „authoritarianism with adjectives“ (semi-authoritarian, competitive authoritarianism, liberal autocracies, liberalising autocracies) bezeichnet. Somit muss der Akteur, welcher externe Demokratieförderung betreibt, für sich selbst definieren, welche Merkmale von Demokratie im Rahmen einer Förderung wichtig sind und „wie viel Demokratie“ am Ende erreicht werden soll. Dabei sind die eingesetzten Mittel als auch die Ausgangssituation entscheidend ob diese Ziele erreicht werden können und nachhaltig eine Gesellschaft zu demokratisieren vermögen.

Was zu den Minimalkriterien von Demokratie zählt, ist ebenso umstritten, wie die Frage, was für Charakteristika eine ausnahmslos gut funktionierende Demokratie hat.

Für den Zweck dieses Leitartikels sollen folgende zentrale Merkmale von Demokratie angeführt werden: *Volkssouveränität, bürgerchaftliche Partizipation, politischer und gesellschaftlicher Pluralismus, Macht- und Herrschaftsbegrenzung sowie Rechts- und Sozialstaatlichkeit.*

Menschenrechtsförderung zielt darauf ab, ungleiche gesellschaftliche Machtverhältnisse auf allen Ebenen abzubauen und politische, soziale und institutionelle Reformprozesse zu unterstützen, die nachhaltig zum Abbau von Diskriminierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung beitragen. Das Handlungsspektrum der Menschenrechtsförderung ist breit gefächert und geht meist einher mit Demokratieförderung. Oft werden Maßnahmen initiiert, welche den Zugang zu Institutionen bzw. öffentlichen Einrichtungen gewährleisten oder die demokratischen Strukturen und die Zivilgesellschaft stärken, um eine breitere Partizipation zu ermöglichen. Auch der Aufbau einer unabhängigen Justiz zur Kontrolle des staatlichen Handels und zur Garantie von Rechtssicherheit ist besonders wichtig. Zudem werden auch Direkthilfen (z.B. Nahrung oder Finanzen) zur Armutsbekämpfung unter Menschenrechtsförderung gefasst.

Menschen-
rechtsförderung
zielt darauf
ab, ungleiche
gesellschaftliche
Machtverhält-
nisse auf allen
Ebenen abzu-
bauen und
politische, soziale
und institutio-
nelle Reform-
prozesse zu
unterstützen.

Wie wird Demokratie gefördert?

Es gibt kein universell anwendbares Verfahren, wie Demokratieförderung durchgeführt werden kann. Regionale oder länderspezifische Strategien und Instrumente zur Demokratieförderung müssen demnach immer wieder neu formuliert werden. „Demokratieförderer“ haben in der Vergangenheit bereits viel Erfahrung aufgrund unterschiedlichster Demokratisierungsprozesse gesammelt. Aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen lässt sich jedoch kein allgemeingültiges Konzept

für Demokratieförderung ableiten. Diese Erfahrungen dienen vielmehr dazu, ein „Baukastensystem“ an Instrumenten und Zielvorstellungen anzubieten, welche der Situation entsprechend immer wieder neu ausgewählt werden müssen.

Zum besseren Verständnis werden im Folgenden wichtige Aspekte von externer Demokratieförderung in Transformationsprozessen kurz dargestellt.

Demokratieförderung in Transformationsprozessen

Transformationsprozesse von Staatensystemen finden nicht in einem luftleeren Raum statt, sondern werden immer durch verschiedene externe Faktoren direkt oder indirekt beeinflusst.

Alle wichtigen Aspekte der externen Demokratieförderung in Transformationsstaaten lassen sich wie folgt darstellen:

➤ Förderakteure und Fördermotive/-ziele

Hier ist die ausschlaggebende Frage: Wer fördert warum? Viele „Demokratieförderer“ unterstützen Demokratisierungsprozesse aufgrund von historischen, politischen oder wirtschaftlichen Beziehungen zum Empfängerland. Andere wiederum erhoffen sich dadurch eine Stabilisierung der politischen Lage in einer Region oder eine Angleichung der wirtschaftlichen Systeme für eine effizientere Kooperation. Viele westliche Industriestaaten haben Demokratieförderung zu einem festen Bestandteil ihrer Entwicklungspolitik ernannt.

➤ Förderadressaten

Die Förderadressaten müssen von den fördernden Akteuren gezielt ausgewählt werden. Um die Förderadressaten zu

Transformationsprozesse von Staatensystemen finden nicht in einem luftleeren Raum statt, sondern werden immer durch verschiedene externe Faktoren direkt oder indirekt beeinflusst.

ermitteln, ist es wichtig, diejenigen Akteure im Empfängerland zu identifizieren, die einen Willen zur Transformation äußern. Diese Akteure können staatliche oder zivilgesellschaftliche Gruppen bzw. Schlüsselpersonen sein.

Es wird davon ausgegangen, dass eine gezielte Förderung derer, die Demokratie befürworten, nachhaltiger und effektiver ist.

Regime, in denen Eliten und Staat sowie politische und wirtschaftliche Machtnetzwerke nahezu identisch sind, sind schwerer zu demokratisieren als Regime, in denen sich eine ‚neutrale‘ bürokratisch-administrative Staatlichkeit mit autoritärer politischer Spitze verbindet. Im ersteren Fall lässt der starke Einfluss von Macht und stetiger Kontrolle nur wenig Möglichkeiten, um bestimmte Instrumente von Demokratieförderung bei ausgewählten und reformwilligen Akteuren einzusetzen.

Erfolgsversprechender sind Transformationsprozesse wenn sie in verschiedenen Bereichen gleichzeitig initiiert werden: politische Transformation autoritärer in demokratischere Systeme, ökonomische Transformation von Plan- in soziale/liberale Marktwirtschaften und die soziale Transformation von geschlossenen und gelenkten in offene und pluralistische Gesellschaften.

➤ Empfängererwartungen

Es ist natürlich von Bedeutung, welche Interessen nicht nur die Einflussnehmer sondern auch die Adressaten haben. Was sind die Einflussmöglichkeiten der externen Akteure und inwieweit wollen sich auch die Adressaten beeinflussen lassen? Was erwarten Sie vom Förderer? Wie groß ist der Wille zur Transformation? Wie viel Transformation ist gewünscht, was sicherlich auch beinhaltet, „wie viel Demokratie“ das

Empfängerland umsetzen möchte? Die Beantwortung all dieser Fragen ist notwendig, um eine individuelle Strategie für eine Demokratieförderung entwickeln zu können, welche effizient, erfolgreich und vor allem nachhaltig ist.

Denkt man an die monopolisierten Machtverhältnisse in einem autoritären Staat, die durchaus von Fall zu Fall unterschiedlich ausgeprägt sind, so ist es schwierig diese alten Strukturen aufzubrechen und eine Begrenzung oder Umverteilung von Macht zu unterstützen. Solche Demokratisierungsversuche können Widerstand in den Gruppen hervorrufen, die Privilegien und Macht abgeben müssen, um das Land zu demokratisieren. Gleichwohl ist das Phänomen auch zu beobachten, dass Gruppen, die in dem autoritären Regime auf welche Weise auch immer benachteiligt waren, nun die Chancen des Demokratisierungsprozesses nutzen wollen, um ihre Stellungen und ihr Ansehen zu verbessern. Transformationsprozesse von autoritären zu demokratischen Staaten können somit die Gefahr bergen, dass anfänglich das Konfliktpotential ansteigt. Das individuelle Konzept für eine Demokratieförderung im Empfängerland sollte Vorschläge und Vorkehrungen enthalten, wie diesen möglichen konfliktiven Tendenzen entgegengewirkt werden kann.

Das individuelle Konzept für eine Demokratieförderung im Empfängerland sollte Vorschläge und Vorkehrungen enthalten, wie diesen möglichen konfliktiven Tendenzen entgegengewirkt werden kann.

➤ politische Kultur im Empfängerland

Auch die politische Kultur des Empfängerlandes ist ausschlaggebend für die Entscheidung, wie (viel) Demokratie unter Berücksichtigung des momentanen politischen Systems, der kulturellen oder traditionellen Geschichte sowie der gesellschaftlichen Strukturen des Landes in welchem Zeitraum umgesetzt werden können.

Es können folgende Situationen in Empfängerländern vorgefunden werden:

- Einem autoritären und reformunwilligen Regime steht eine Gesellschaft gegenüber, die zur Demokratie bereit und willens ist (z.B. Polen 1989, Myanmar).
- Einem autoritären und reformunwilligen Regime steht eine Gesellschaft gegenüber, die zu großen Teilen einer Demokratisierung indifferent, misstrauisch und feindlich gegenübersteht (z.B. Saudi-Arabien).
- Regime und Gesellschaft sind bezüglich eines Demokratisierungsprozesses kooperativ und das Konfliktniveau ist relativ niedrig (z.B. Mexiko).
- Regime und Gesellschaft sind in sich zerstritten, was Ausmaß und Geschwindigkeit der Demokratisierung betrifft (z.B. Russland).

Je nachdem, wie die Förderadressaten bzw. die politische Kultur eingeschätzt und identifiziert werden, können gezielte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden.

Instrumente externer Demokratie- und Menschenrechtsförderung

Es gibt die unterschiedlichsten Formen konkreter Unterstützung für Staaten in Transformationsprozessen. Die eingesetzten Instrumente unterscheiden sich je nachdem, welcher Akteur fördert, welcher Akteur im Empfängerland gefördert werden soll und in welchem Stadium sich der momentane Transformationsprozess befindet.

Die grundlegendsten Maßnahmen beziehen sich auf den Ausbau einer funktionierenden demokratischen Ordnung und ihrer institutionellen Grundlagen.

Grundlegende Instrumente auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Ebene/Ziele	Mögliche Maßnahmen/Instrumente
Staat Verbreitung demokratischer Normen und Werte, Etablierung von demokratischen Strukturen	• Internationale Kontakte und Austauschprogramme • Technische Unterstützung, Beratung und Ausbildung von unabhängigen Verbänden, Parteien und Menschenrechtsorganisationen • Überwachung von Wahlen • Gezielte Förderung wichtiger demokratischer Persönlichkeiten • Beratung beim Aufbau demokratischer Institutionen • Internationaler Druck zugunsten der Respektierung von Menschenrechten • Stärkung/Einhaltung „mensenrechtlicher Prinzipien“ (Partizipation, Empowerment, Chancengleichheit, Nicht-Diskriminierung, Rechenschaftspflicht, Transparenz) durch Beratung, Ausbau von demokratischen Institutionen, Dialogen etc. • Diplomatische Unterstützung ethnischer Minderheiten • Einbindung von Transformationssystemen in internationale Organisationen zur Stärkung demokratischer Prinzipien (OSZE, Europarat, UN) • Verbesserung der Informationspolitik des Staates für mehr Transparenz • Förderung der Rechtssicherheit durch den Ausbau und die Beratung von Gerichten • Benennung von Menschenrechtsbeauftragten in verschiedenen Institutionen • Armutsbekämpfungsprogramme





Ebene/Ziele	Mögliche Maßnahmen/Instrumente
Zivilgesellschaft Stärkung oder Aufbau einer kritischen Zivilgesellschaft	• Stärkung der Menschenrechts-NGOs im Land • Förderung und Verbreitung unabhängiger Nachrichtenmedien • Förderung transnationaler Netzwerke auf der Ebene von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Menschenrechtsgruppen, unabhängigen Medien • „Capacity-building“ in Verbänden und Vereinen • Hilfe und Beratung beim Aufbau einer pluralistischen Medienlandschaft • Aufklärung über Menschenrechte • Phase der Konsolidierung: Schaffung und Etablierung eines gesamtgesellschaftlichen Demokratie- und Menschenrechtsbewusstseins

In Anlehnung an Sandschneider 1997 und 2003

Grenzen externer Demokratieförderung

Es gibt keinerlei Garantien, dass die von außen unterstützten Demokratisierungsprozesse Erfolg haben werden. Verschiedene Faktoren, wie z.B. die Motivation der Adressaten, die internationalen Rahmenbedingungen oder die möglichen Kämpfe um die Neuverteilung von Ressourcen und Macht, entscheiden über Erfolg oder Misserfolg.

Auch Fragen zu einer optimalen Strategie können nur dahingehend beantwortet werden, dass fallspezifisch entschieden werden muss, welche Instrumente der jeweilige Förderer einsetzt.

Ernst-Otto Czempiel betont, dass Demokratisierung von außen nur heißen kann, dass die internen Demokratisierungstendenzen gefördert und erleichtert werden können. Es sei ein falscher Ansatz, Demokratie zu oktroyieren, wenn der ausdrückliche Wille zur Demokratisierung im Land selbst nicht vorhanden ist. Peter Burnell spitzt dies noch weiter zu: Wenn die Bevölkerung mit der modernen Form der „Brot und Spiele“ Methode – sagen wir Café Latte und DVDs – zufrieden ist, wieso müssten oder sollten Demokratieförderer dann tätig werden?

Das Demokratie- und Menschenrechtsförderung wahrlich ein schwieriges Unterfangen sind, zeigt auch die Tatsache, dass ca. 100 Demokratien, die den Demokratisierungsprozess vor einigen Jahren angestoßen haben, immer noch sogenannte „Übergangsgesellschaften“ oder „defekte Demokratien“ sind. Nur wenige haben diese Übergangsphase erfolgreich beendet und gelten heute als weitgehend gefestigte Demokratien.

Übergangsregime sind demnach immer ein Kampf um Macht, in denen die früher herrschenden Eliten versuchen, ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen bzw. Einflüsse zu verteidigen. Dieses Streben führt oft dazu, dass öffentlich Demokratie aufgrund des internationalen Drucks vorgetäuscht wird.

Es muss zunehmend festgestellt werden, dass externe Demokratieförderung in Staaten mit großen Energiereserven (Russland, die Republiken Zentralasiens, die „Petroregime“ im Mittleren Osten) oder mit entscheidendem Potential als Wirtschaftsmacht (China) schwieriger wird, da wirtschafts- und energiepolitische Abhängigkeiten zwischen „Geber“- und „Empfängerländern“ bestehen. Die Bereitschaft von Geberländern

**Externe
Demokratie-
förderung ist
ein komplexer
Prozess, der
von verschie-
denen Faktoren
beeinflusst wird
und dement-
sprechend
gestaltet
werden muss.**

durch politischen Druck oder Sanktionen „Empfängerländer“ zu Fortschritten im Bereich der Demokratie und Menschenrechte zu bewegen, nimmt ab, wenn die Geberländer gleichzeitig an Energiereserven, geopolitischen Positionierungen und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit (z.B. Terrorismusbekämpfung) interessiert sind.

Somit ist zusammenzufassen, dass externe Demokratieförderung ein komplexer Prozess ist, der von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird und dementsprechend gestaltet werden muss.

Zudem kann die Frage, wie demokratisiert werden soll, auch nicht getrennt werden von dem Problem, wie nach der Konsolidierung gewährleistet werden kann, dass Demokratie funktioniert, wie es zu Anfang angedacht war.



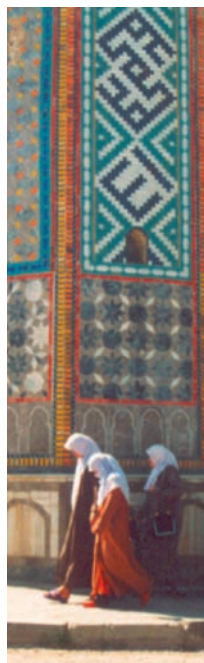
Der Fall Zentralasien

von Anna Wolf

Die Lage der Menschenrechte und Demokratie in Zentralasien

Die Lage der Menschenrechte in den zentralasiatischen Nachfolgerepubliken Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan gibt nach wie vor Anlass zur Sorge. Seit vielen Jahren mahnen internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch Verstöße gegen die allgemeinen Menschenrechte in den zentralasiatischen Staaten an. Auch internationale Organisationen wie z.B. die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in der die zentralasiatischen Republiken seit 1992 Mitglied sind, die Europäische Union und westliche demokratisch verfasste Staaten fordern eine Stärkung von Menschenrechten in der Region. Doch mangelnde Demokratie und autoritäre Regierungsführung in Zentralasien lassen kaum Verbesserungen der Menschenrechtsslage zu. Die innenpolitischen Verhältnisse verhindern die Entwicklung rechtsstaatlicher Mechanismen zum Schutz von Menschenrechten.

Den zentralasiatischen Republiken ist gemeinsam, dass die politische Macht beim Präsidenten des Landes und seinem Verwaltungsapparat liegt. Die Legislative und Judikative unterstehen weitgehend seinem Einfluss. Die Verfassungen der zentralasiatischen Republiken enthalten zwar das Prinzip der Gewalten-



teilung, unterstützen das machtpolitische Ungleichgewicht zwischen Exekutive, Legislative und Judikative zugunsten Ersterer jedoch dadurch, dass sie den Präsidenten mit weitreichenden Vollmachten ausstatten. Durch den Zugriff des Präsidenten auf das Parlament und die Justiz, ist keine gegenseitige Kontrolle der verfassungsmäßigen Staatsorgane zur Herstellung eines politischen Gleichgewichts gegeben (checks and balances). In der Folge bestehen keine institutionalisierten Mechanismen, die eine transparente Rechenschaftsablegung in der Politik sicherstellen könnten.

**Korruption stellt
ein weiteres
Hindernis für
transparente
Regierungs-
führung, Rechts-
staatlichkeit und
Demokratie dar.**

Doch auch jenseits der verfassungsmäßig verankerten Kompetenzen des Präsidenten, erstreckt sich seine Macht auf informelle Weise auf die anderen Bereiche des Staats. Familiäre Verbindungen zu Führungskräften in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung sichern weitgehende Loyalität zum Präsident und seiner Gefolgschaft. Korruption stellt ein weiteres Hindernis für transparente Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dar.

Das Ausmaß der präsidentialen Macht und der autoritären Staatsführung variiert in den einzelnen zentralasiatischen Staaten.

In Kasachstan regiert seit 17 Jahren Präsident Nursultan Nasarbajew, der bereits zu Zeiten der Sowjetunion Erster Vorsitzender der Kommunistischen Partei Kasachstans gewesen war. Unter ihm entwickelte sich das Land zunehmend zu einer Fassadedemokratie, in der oppositionelle Parteien zwar bestehen, sie jedoch systematisch bei Wahlkämpfen eingeschränkt werden und einige Oppositionspolitiker bereits außer Landes leben. Die kasachischen Medien befinden sich in fester Hand präsidententreuer Oligarchen, kritische Journalisten werden eingeschüchtert und die Staatsanwaltschaft agiert als verlängerter Arm der Exekutive. Durch eine Verfassungsreform im Mai

2007 sicherte sich Nasarbajew seine Macht auf Lebenszeit, indem er nun die rechtliche Möglichkeit besitzt, eine unbegrenzte Anzahl von Legislaturperioden wiedergewählt zu werden.

In Kirgistan entwickelte sich seit der Wahl Askar Akijews zum Präsident im Jahr 1990 ein politisches System, das unter den zentralasiatischen Staaten den niedrigsten Grad autoritärer politischer Macht aufweist. So konnten beispielsweise politische Unruhen aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen sowie Unzufriedenheit in der Bevölkerung über wirtschaftliche Stagnation zur sog. Tulpenrevolution 2005 führen, in deren Zuge der Oppositionsführer Kurmanbek Bakijew zum Übergangspräsidenten bestimmt und später durch Wahlen im Amt bestätigt wurde. Seit den Parlamentswahlen im Dezember 2007 sind allerdings keine Oppositionsparteien mehr in der Volksvertretung repräsentiert. Zudem gilt das Land als sehr instabil, da die unberechenbare innenpolitische Lage durch soziale und kulturelle Spaltungen in der kirgisischen Gesellschaft noch verschärft wird.

In Usbekistan entwickelte sich unter Präsident Islam Karimow ein repressiver Polizeistaat, in dem die Medien einer strengen Zensur unterliegen, oppositionelle Parteien praktisch nicht existieren und zivilgesellschaftliche Organisationen streng kontrolliert werden. Unter dem Vorwand radikale Islamisten und Fundamentalisten zu bekämpfen, werden religiöse Führungspersönlichkeiten verfolgt.

Eine Steigerung dieser autoritären politischen Ausgestaltung erfuhr der Nachbarstaat Turkmenistan, der totalitäre Züge aufweist und zu den repressivsten Regimes weltweit gezählt wird.

Tadschikistans Entwicklung ist bis heute durch den Bürgerkrieg Mitte der neunziger Jahre geprägt, der das Land politisch und wirtschaftlich um viele Jahre zurückwarf. Der tadschikische Präsident, Emomali Rachmon, bestimmt den innen- und außen-

In Kirgistan
sind seit den
Parlaments-
wahlen im
Dezember 2007
keine Opposi-
tionsparteien
mehr in der
Volksvertretung
repräsentiert.

politischen Kurs des Landes. Die Erfahrungen der Bevölkerung mit dem Bürgerkrieg führten dazu, dass Stabilität um jeden Preis gewünscht ist, auch wenn sie Stagnation zur Folge hat. Der Präsident, der als Vater des Friedensvertrags gilt, profitiert von der überwiegend apathischen politischen Einstellung seiner Bevölkerung.

Die geschilderten politischen Rahmenbedingungen in den fünf zentralasiatischen Republiken lassen einen umfassenden Schutz der Menschenrechte nicht zu. Durch undemokratische Entscheidungsprozesse in der Politik, Rechtsunsicherheit, eingeschränkte Berichterstattung, mangelnde Reformbereitschaft und kaum stattfindenden politischen Wettstreit um die besten Konzepte aufgrund unterdrückter oder schwacher Opposition, intransparenter Regierungsführung, Korruption und Nepotismus, bestehen keine Mechanismen, die zur Wahrung und Sicherung der Rechte und Freiheiten des Individuums nötig wären.

Als Folge werden in Zentralasien eine Reihe von Rechten eingeschränkt und verletzt, die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte genannt sind, beispielsweise:

- **Das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person (Art. 3):** Die Todesstrafe wurde zwar in ihrer Anwendung reduziert, aber nicht vollständig abgeschafft.
- **Das Recht auf Freiheit von Folter (Art. 5):** Folter und Misshandlungen durch Polizei und Sicherheitskräfte gegenüber Inhaftierten sind laut unabhängigen Berichten von Menschenrechtsorganisationen noch immer beunruhigend weit verbreitet.
- **Das Recht auf freie Meinungsäußerung und freien Zugang zu Informationen (Art. 19):** Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Mitglieder der Opposition werden aufgrund ihrer Arbeit und ihrer Meinung verfolgt, unter Druck gesetzt, teil-

In Zentralasien werden eine Reihe von Rechten eingeschränkt und verletzt, die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte genannt sind.

weise auch festgenommen und in unfairen Prozessen zu Haftstrafen verurteilt.

- **Das Recht auf Versammlung und Gründung von Vereinigungen (Art. 20):** Vereinigungen müssen sich registrieren lassen, ansonsten gelten sie als informelle Vereinigungen und sind verboten. Die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen bei der Gründung einer Vereinigung wirken erschwerend, indem z.B. bei Parteigründungen eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern nachgewiesen werden muss (in Kasachstan liegt die Zahl bei 50.000 Mitgliedern). Im Zuge der Bekämpfung von religiösem Extremismus und Terrorismus wurden religiöse Vereinigungen und ausländische Organisationen als extremistisch befunden und ohne transparentes gerichtliches Verfahren geschlossen.
- **Das Recht auf freie Wahlen in einem gleichwertigen Wahlverfahren (Art. 21):** Durch Manipulation, Missbrauch öffentlicher Ressourcen und Einschränkung der Opposition während des Wahlkampfs finden laut internationalen Wahlbeobachtern und OSZE-Berichten keine freien Wahlen in einem gleichwertigen Wahlverfahren statt.

Die Lage der Menschenrechte in Zentralasien war nicht immer so besorgniserregend wie heute. Im Laufe des bisherigen Transformationsprozesses haben sich die zentralasiatischen Staaten zu zunehmend autoritären politischen Systemen entwickelt. Durch Verfassungsänderungen haben die Präsidenten ihre Vollmachten seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich ausgeweitet und gleichzeitig konnte sich die Zivilgesellschaft unter dem festen Griff der staatlichen Macht nur gering entwickeln. Lediglich Kirgistan weicht, wie bereits erwähnt, von diesem Entwicklungstrend leicht ab.

Im Laufe des bisherigen Transformationsprozesses haben sich die zentralasiatischen Staaten zu zunehmend autoritären politischen Systemen entwickelt.

Gründe für die mangelnde Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten in Zentralasien

Anfang der neunziger Jahre waren die Hoffnungen in der westlichen Welt groß, dass demokratisch verfasste Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Zentralasien entstehen werden. Es gab damals positive Anzeichen für einen erfolgreichen Transformationsprozess zu funktionierenden Demokratien. Doch bereits nach einigen Jahren zeigte sich, dass sich diese Hoffnungen nicht erfüllten. Rückblickend erklären sich die gescheiterten Demokratisierungsprozesse in Zentralasien wie folgt:

In den zentralasiatischen Staaten schafften es die alten kommunistischen Eliten in den neuentstandenen Staaten an der Macht zu bleiben, indem es ihnen gelang, in den neuen Staatsstrukturen in politische Ämter gewählt zu werden. Um ihre Macht und ihren politischen Einfluss zu erhalten, initiierten sie Reformen, die den Anschein erweckten, demokratische Strukturen zu schaffen. Es wurden Begriffe aus westlichen Demokratien eingeführt, ohne dass es sich jedoch dem Inhalt nach um demokratische Reformen handelte.

In Kasachstan konnte Präsident Nasarbajew auf seine Erfahrungen als Erster Sekretär der Kasachischen Kommunistischen Partei zurückgreifen: Er verfügte über ein weites Netz an einflussreichen politisch Verbündeten und kontrollierte die bestehenden Verwaltungsapparate weitgehend. Vor diesem Hintergrund vermochte er es, makroökonomische Reformen durchzuführen sowie institutionelle Strukturen in dem neu entstandenen Staat aufzubauen. Er schuf ein politisches System, das dem Präsidenten eine starke Stellung zuordnet und ihm ein mit eingeschränkten Kompetenzen ausgestattetes Zwei-Kammern-Parlament gegenüber stellt. Durch eine geschickte und ausgewogene Außenpolitik zwischen Russland, China, der EU und

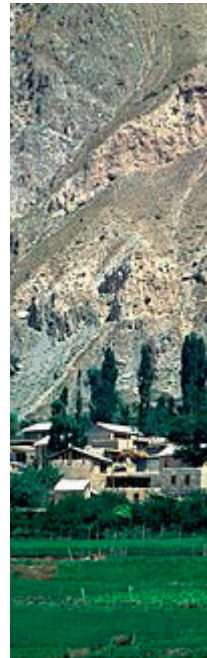


den USA schützt er bis heute sein Land vor externer politischer Einflussnahme.

Kirgistans Präsident Askar Akajew, wie Nasarbajew ein Repräsentant der sowjetischen Nomenklatura, allerdings aus dem wissenschaftlichen Bereich stammend, unternahm ernsthafte Versuche, demokratische Reformen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene durchzuführen. Dies gelang ihm teilweise aufgrund der schwachen ökonomischen Kapazitäten des Landes, die dazu führten, dass Kirgistan früh auf ausländische Investitionen und Kredite angewiesen war. Diese übten einen positiven Einfluss auf die demokratischen Reformen des Landes aus. Erste Anfänge einer Zivilgesellschaft entwickelten sich, ferner ein politisches System, in dem die Macht im Parlament ruhte und unabhängige Medien Bericht erstatteten. Diese positiven Entwicklungen wurden jedoch dadurch unterminiert, dass die politische Elite sich zunehmend als korrupt erwies, wodurch der wirtschaftliche Reformprozess erlahmte und schließlich beinahe zum Stillstand kam.

Nachdem der Erste Sekretär der Usbekischen Kommunistischen Partei, Islam Karimow, in den ersten Jahren nach Usbekistans Unabhängigkeit Bemühungen zeigte demokratische Reformen vorwärts zu bringen, kehrte er in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre relativ rasch zu einem autoritären Regierungsstil zurück.

Ähnlich verlief die Entwicklung in Turkmenistan, wo der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei, Saparmyrat Nijasow, demokratische Bestrebungen im Land rasch beendete. Unter Zuhilfenahme der einflussreichen Strukturen des Sicherheitsdienstes sicherte er seine Macht und schuf ein totalitäres Regime, ähnlich wie Nordkorea. Absolute Kontrolle über die Massenmedien, die Justiz und die internationale Abschottung des Landes sind Merkmale des diktatorischen turkmenischen Systems.



**Die Folgen des
Bürgerkriegs
in Tadschikistan
hindern das Land
bis heute an
politischen und
wirtschaftlichen
Reformen.**

In Tadschikistan wurde eine kurze Phase der politischen Liberalisierung und gesellschaftlichen Aktivitäten durch den Bürgerkrieg von 1992 bis 1997 abgebrochen. Die Folgen des Bürgerkriegs hindern das Land bis heute an politischen und wirtschaftlichen Reformen.

Wie deutlich wurde, durchliefen die zentralasiatischen Staaten Anfang der neunziger Jahre zunächst eine Phase politischer Liberalisierung. In dieser Zeit unterzeichneten sie auch eine Reihe internationaler Erklärungen zum Schutz der allgemeinen Menschenrechte: Den Internationalen Pakt über zivile und politische sowie über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte, die Konvention über die Rechte des Kindes, die Konvention über die Abschaffung jeglicher Form von Rassendiskriminierung und Diskriminierung der Frau sowie die Konvention gegen Folter. Kasachstan ratifizierte im Jahr 2005 als letztes zentralasiatisches Land das internationale Abkommen für Menschenrechte. Durch die Ratifikation der internationalen Erklärungen verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten, ihre Rechts- und Gerichtspraxis in Übereinstimmung mit den internationalen Bestimmungen zu bringen. Dies ist bisher in noch keinem der zentralasiatischen Republiken erfolgt.

Die Rolle und Aufgaben westlicher Staaten und Organisationen

Westliche Staaten, internationale Organisationen und NGOs können den Schutz von Menschenrechten und Demokratisierungsprozesse in Zentralasien unterstützen, indem sie die dort vorhandenen demokratischen und reformorientierten Kräfte unterstützen.

Die bisherige Bilanz westlicher Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und der Stärkung von Menschenrechten in Zentralasien fällt widersprüchlich aus. Geostrategische Interessen, der Versuch die zentralasiatischen Staaten als Verbündete im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu gewinnen, sowie reiche Vorkommen an Erdöl und Erdgas verleiteten westliche Regierungen oftmals dazu, über Defizite im Bereich der Menschenrechte und Demokratie hinwegzusehen. Und wenn Verstöße und Mängel in diesen beiden Bereichen kritisiert wurden, so waren selten politische oder wirtschaftliche Konsequenzen damit verbunden.

Um in Zukunft demokratische Bestrebungen in Zentralasien zu fördern, muss die Unterstützung seitens des Westens auf verschiedenen Ebenen erfolgen und ein weit gefächertes Set an Instrumenten umfassen. Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, dass sich nachhaltige politische Veränderungen nur sehr langsam entwickeln und in der Regel ein bis zwei Generationenwechsel von Nöten sind, um die bisher noch verbreitete sowjetische Mentalität sowie alte Seilschaften in der Gesellschaft abzulegen.

Aus diesem Grund ist es bei der Arbeit von NGOs wichtig, die Zukunft vorzubereiten, indem mit jungen und zukünftigen Entscheidungsträgern zusammengearbeitet wird. Wie die sog. friedlichen Revolutionen in Georgien 2003, in der Ukraine 2004 und in Kirgistan 2005 gezeigt haben, sind es besonders die jüngeren Vertreter der Zivilgesellschaft gewesen, die entscheidend die demokratische Entwicklung der vergangenen Jahre vorantrieben und ausschlaggebende politische Änderungen initiierten (junge Journalisten, Studenten, Parlamentarier etc.).

Darüber hinaus muss es ein grundlegendes westliches Ziel sein, Demokratie als politische Ordnung wieder attraktiv zu machen. Die Bevölkerung in den zentralasiatischen Staaten

Um in Zukunft demokratische Bestrebungen in Zentralasien zu fördern, muss die Unterstützung seitens des Westens auf verschiedenen Ebenen erfolgen und ein weit gefächertes Set an Instrumenten umfassen.

machte ihre ersten und bis heute prägenden Erfahrungen mit Demokratie Anfang der neunziger Jahre, als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erstmals souveräne Nationalstaaten in Zentralasien entstanden waren. Ein Großteil der Bevölkerung verbindet mit Demokratie die für kurze Zeit zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit herrschenden anarchischen Zustände im Land. Diese Phase bedeutete für viele Menschen große materielle Unsicherheit und Risiken, ungewisse Zukunftsperspektiven, unerwartete Konfrontation mit einem völlig neuen wirtschaftlichen und politischen System sowie den Verlust an staatlicher Fürsorge. Ein großer Teil der Bevölkerung ist aufgrund dieser schlechten Erfahrungen eher bereit, sich mit den heutigen autoritären politischen Verhältnissen zu arrangieren, als für demokratische Reformen einzutreten. Die junge Generation eignet sich aufgrund ihrer Unvoreingenommenheit bezüglich demokratischen Konzepten am besten, um die Notwendigkeit der Durchsetzung eben jener zu vermitteln. Dies ist nötig, wenn langfristige Sicherheit und Stabilität in Zentralasien erreicht werden soll.

Denn von den autoritären Staaten in Zentralasien scheint nur vordergründig keine Gefahr durch politische Instabilität auszugehen. Die auf autoritären Strukturen basierende Macht der regierenden Präsidenten kann jedoch rasch zu einem Stabilitätsrisiko führen. Ohne fest verankerte demokratische, freie und faire Wahlen gibt es keinen Mechanismus für eine friedliche Machtweitergabe. Durch das unerwartete Ableben eines der amtierenden Staatsoberhäupter kann plötzlich ein Machtvakuum an der Spitze des Staats entstehen. Im schlimmsten Fall entsteht ein Wettstreit und Kampf um die Nachfolge des Präsidenten, in deren Zuge sich Fraktionen bilden, die in gewaltsame Auseinandersetzungen miteinander geraten.

Wenn sich westliche Staaten und internationale Organisationen ernsthaft der Förderung von Menschenrechten und De-

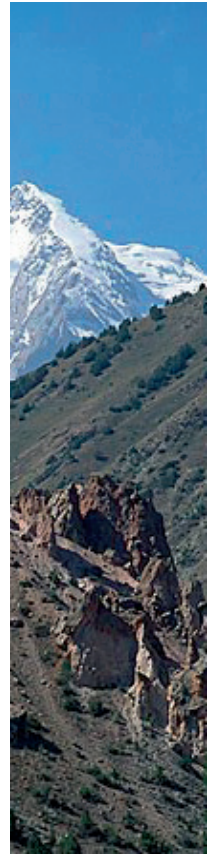


mokratie in Zentralasien verpflichten, so kann dies nur mit einer erhöhten Bereitstellung finanzieller Mittel, mehr Experten und Knowhow gelingen. Im Rahmen der Zentralasienstrategie und ihres geplanten zukünftigen höheren Engagements in der Region hat die EU einen ersten Schritt unternommen und angekündigt, ihre Finanzmittel für Zentralasien auf insgesamt 750 Mio. Euro für den Zeitraum von 2007 bis 2013 anzuheben.

Bei der Förderung von Menschenrechtsstandards und Demokratie sollten regionale sowie kulturelle Besonderheiten und Traditionen berücksichtigt werden. Dazu gehört auch ein auf die fünf verschiedenen Länder Zentralasiens jeweils eigens zugeschnittener entwicklungspolitischer Ansatz. Denn trotz ihrer geographischen Nähe unterscheiden sich die Länder in ihrer historischen Entwicklung und ihren wirtschaftlichen Kapazitäten. Vor diesem Hintergrund würde ein die gesamte Region übergreifendes Programm zur Stärkung von Menschenrechten und Demokratie zu kurz greifen.

Dabei dürfen die westlichen Staaten in ihrer internationalen Kooperation mit den zentralasiatischen Republiken aber keine doppelten Standards anwenden, indem sie unter dem Vorwand und der vermeintlichen Berücksichtigung regionaler Besonderheiten niedrigere Maßstäbe im Bereich Demokratie und Menschenrechte anlegen als im eigenen Land. Das impliziert auch, dass westliche Staaten lernen müssen, zwischen ernst gemeinten politischen Reformen und deren Imitationen zu unterscheiden.

Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, dass Capacity Building, d.h. Personal- und Organisationsentwicklung in Zentralasien nur dann erfolgreich sein wird, wenn gleichzeitig Reformen im Bereich der Legislative und der politischen Institutionen stattfinden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass politische Entscheidungsträger nur in noch geschickterer Weise den Anschein internationaler Standards imitieren.



Außerdem muss angestrebt werden, eine einheitliche westliche Position in Demokratie- und Menschenrechtsfragen gegenüber den zentralasiatischen Staaten zu vertreten. Die Zentralasienstrategie der EU ist ein erster Versuch, dies im Rahmen der Europäischen Union zu erreichen. Die Arbeit internationaler Organisationen, staatlicher Akteure und NGOs sollte zudem bestmöglich koordiniert werden, um Ressourcen sparsam zu verwenden und Synergieeffekte zu erzielen.

Durch die geschilderten Ansätze und Instrumente kann der zu Beginn aufgezeigten mangelnden Entwicklung der Demokratie und kritischen Lage der Menschenrechte in Zentralasien entgegengewirkt werden.

Bibliographie

- Amineh, Mehdi P.: Die Politik der USA, der EU und Chinas in Zentralasien, in: Zentralasien, ApuZ, 4/2006, 23. Januar 2006, S. 11–18.
- Blank, Stephan: Democratic Prospects in Central Asia, in: World Affairs, Vol. 116, No. 3 / Winter 2004.
- Amnesty International: Central Asia, Summary of Human Rights Concerns, January 2006 – March 2007, AI Index: EUR 04/001/2007.
- Dauderstädt, Michael und Lerch, Marika: Internationale Demokratieförderung: Mit begrenzter Macht zur Machtbegrenzung, in: Internationale Politikanalyse: Frieden und Sicherheit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2005. Abrufbar im Internet. URL: <http://www.fes.de/fes4/publikationen/Dauderstaedt-%20Lerch.pdf>
- Erdmann, Gero: Demokratie- und Menschenrechtsförderung in der Dritten Welt: Grundlinien eines Rahmenkonzepts für die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit. Bonn: Deutsche Kommission Justitia et Pax, 1999.
- Freise, Matthias: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung: Band 27. Münster: Lit Verlag, 2004.
- Gawrich, Andrea und Lapins, Wulf: Demokratieförderung als europäische Herausforderung: Perspektiven für östliche Nachbarländer der EU. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006. Abrufbar im Internet. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04433.pdf>

- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Menschenrechts-
ansatz in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.
Factsheet im Auftrag des Bundesministeriums für wirt-
schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Eschborn,
Mai 2006. Abrufbar im Internet. URL: [http://files.institut-
fuer-menschenrechte.de/576/MRA-Factsheet-final.pdf](http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/576/MRA-Factsheet-final.pdf)
- von Gumpfenberg, Marie-Carin und von Gumpfenberg, Markus
Brach: Zur Rolle der OSZE, in: Zentralasien, ApuZ, 4/2006,
23. Januar 2006, S. 32–38.
- Halbach, Uwe: Usbekistan als Herausforderung für westliche
Zentralasienpolitik. SWP-Studie, S 26, Berlin, September
2006.
- Human Rights Watch: Country Summary Kazakstan, January
2007.
- Human Rights and Wrongs in Central Asia, International Eura-
sian Institute for Economic and Political research, [http://
www.iicas.org/english/enlibrary/libr_04_07_02kp.htm](http://www.iicas.org/english/enlibrary/libr_04_07_02kp.htm).
- Krumm, Reinhard: Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und
Menschenrechte, in: Kompass 2020. Bonn/Berlin: Friedrich-
Ebert-Stiftung, Januar 2007.
- Lapins, Wulf: Demokratieförderung in der Deutschen Außen-
politik. Bonn/Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2007.
Abrufbar im Internet. URL: [http://library.fes.de/pdf-files/
id/04430.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/id/04430.pdf)
- Lerch, Marika: Demokratie im Aufwind?: Außenpolitische Stra-
tegien der Demokratieförderung. Reihe Kompass 2020:
Deutschland in den Internationalen Beziehungen: Ziele,
Instrumente, Perspektiven. Bonn/Berlin: Friedrich-Ebert-
Stiftung, 2007. Abrufbar im Internet. URL: [http://www.fes.
de/kompass2020/pdf/Demokratie.pdf](http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Demokratie.pdf)

- Ochs, Michael: Human Rights in Central Asia, in: Burghart, Daniel L. and Sabonis-Helf, Theresa: In the Tracks of Tamerlane: Central Asia's Path to the 21 Century, Center of Technology and National Security Policy (CTNSP), July 2004.
- Sandschneider, Eberhard: Demokratieförderung von außen, in: Internationale Politik. 5/1997, S. 11-18. Abrufbar im Internet. URL: http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/mai1997/download/9625dd5c488511db9ff3f5d1fb16d781d781/original_Sandschneider_9705.pdf
- Sandschneider, Eberhard: Externe Demokratieförderung: Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen. München: Zentrum für angewandte Politikforschung, 2003. Abrufbar im Internet. URL: http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf
- Starr, Frederick: A Partnership for Central Asia, in: Foreign Affairs, Vol. 84, No. 4, July/August 2005, S. 164–178.

Allgemeine Definition des Begriffs Menschenrechte¹

[...] Eine rechtliche Definition, welche Menschenrechte präzise von anderen Ansprüchen aus dem Völkerrecht abgrenzen würde, existiert zwar nicht. Das Typische der Menschenrechte lässt sich aber mit den folgenden Merkmalen umschreiben:

1. Menschenrechte garantieren *Ansprüche*. Als Rechtsansprüche unterscheiden sie sich in grundsätzlicher Weise von Garantien, die bloß als Pflicht der Staaten ausgestaltet sind, welche mangels entsprechender Rechte von den Begünstigten nicht eingefordert werden können.
2. Diese Ansprüche stehen *natürlichen* und zum Teil auch *juristischen Personen* zu. Als individuelle Rechte unterscheiden sie sich von Kollektivansprüchen, wie sie etwa Minderheiten oder im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts „Völker“ geltend machen können.
3. Diese Rechte können grundsätzlich nur *gegenüber dem Staat* geltend gemacht werden. Sie kommen in Situationen zum Tragen, in welchen das Individuum den Trägern des Gewaltmonopols gegenüber steht.
4. Sie gelten grundsätzlich in *Friedens- und Kriegszeiten*, können in letzteren aber unter Umständen vorübergehend außer Kraft gesetzt werden.

¹ Auszug aus: Walter Kälin und Jörg Künzli, Universeller Menschenrechtsschutz. Verlag Helbing & Lichtenhahn/NOMOS: Basel/Genf/München 2005, S. 36–38

5. Sie sind *international verbürgt*. Es ist diese völkerrechtliche Grundlage und nicht der Inhalt oder ihre Funktion, welche sie von den Grundrechten der nationalen Verfassungen unterscheidet. Internationale Verbürgung bedeutet aber auch, dass das Völkerrecht vorgibt, dass die Berechtigten ihre Ansprüche innerstaatlich und teilweise gar überstaatlich einfordern und durchsetzen können.
6. Diese internationale Verbürgung hat ihren Ursprung in der Erkenntnis der Staaten, dass die entsprechenden Garantien im Lichte negativer historischer Erfahrungen als *notwendig für die Wahrung der Würde des Menschen und die Sicherung seiner Entfaltung als Person* und damit als grundlegend einzustufen sind.

Menschenrechte lassen sich somit als vom internationalen Recht garantierte Rechtsansprüche von Personen gegen den Staat oder staatenähnliche Gebilde definieren, die dem Schutz grundlegender Aspekte der menschlichen Person und ihrer Würde in Friedenszeiten und im Krieg dienen.

Die Garantien, welche Eingang in die Allgemeine Menschenrechtserklärung und die späteren Vertragswerke gefunden haben, repräsentieren zwei Typen von Menschenrechten, welche unter Hinweis auf ihre Entstehungszeit in den einzelstaatlichen Verfassungen bis heute oft als zwei Generationen von Menschenrechten bezeichnet werden. Seit einiger Zeit wird eine dritte Generation postuliert:

1. *Erste Generation*: Die klassisch-liberalen Menschenrechte, heute meist als *bürgerliche und politische Rechte* genannt, enthalten u.a. Garantien zum Schutz des Lebens und der körperlichen Integrität der Person sowie ihrer Sicherheit, Rechte in gerichtlichen Verfahren, der Religion, der freien Meinungsäußerung und der freien Ausübung der politischen

Rechte. Sie gehen auf die amerikanischen und französischen Menschenrechtserklärungen des späten 18. Jahrhundert zurück und sind primär als Abwehrrechte gegen staatliche Übergriffe konzipiert.

2. *Zweite Generation:* Die *wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte* haben ihre Wurzeln in den Reaktionen des 19. Jahrhunderts auf die großen sozialen Probleme, welche die Industrialisierung in Europa schuf. Zu ihnen gehören neben Rechten zur Sicherung der Existenz (z.B. Recht auf Nahrung) Garantien im Arbeitsbereich (Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen, Gewerkschaftsrechte etc.) und im Bereich der sozialen Sicherheit oder das Recht auf Bildung. Sie sind als Teilhaberechte konzipiert und verpflichten die Staaten, bestimmte menschenrechtliche Zielsetzungen fortschreitend zu verwirklichen. Daneben enthalten sie auch direkt anwendbare Abwehrgehalte, wie etwa den Schutz des freien Zugangs zu vorhandener Arbeit, Bildung und Nahrung oder den Schutz vor Diskriminierung im Bereich des Zugangs zu staatlichen Leistungen.
3. *Dritte Generation:* Zu den *Solidaritäts- oder Gruppenrechten* gehören die Rechte auf Entwicklung, auf Frieden und auf saubere und gesunde Umwelt. Sie sind in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Kollektivrechte konzipiert worden, haben aber erst ansatzweise Eingang in das geltende Völkerrecht gefunden – z.B. in der Afrikanischen Charta der Rechte der Menschen und Völker – da ihr juristischer Gehalt (Wer ist berechtigt? Wer verpflichtet?) noch weithin ungeklärt ist und ihnen v.a. von Seiten der Industriestaaten Opposition wächst.

Unter formalrechtlichen Gesichtspunkten können die internationalen Menschenrechte schließlich umschrieben werden als die „Summe von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und kollektiven Rechten, die in internationalen und regionalen Menschenrechtsinstrumenten [oder im Gewohnheitsrecht] festgeschrieben sind“. Diese Begriffsumschreibung hat den Vorteil, dass sie die *Unteilbarkeit und Interdependenz* der Menschenrechte betont, d.h. anerkennt, dass die verschiedenen Kategorien zusammengehören und wirklich Freiheit ohne ein Mindestmaß an ökonomischer und sozialer Sicherung ebenso undenkbar ist wie soziale Gerechtigkeit ohne Freiheit und Schutz der körperlichen Integrität. In diesem Sinne wird in der Erklärung und im Aktionsplan der Wiener Weltkonferenz über die Menschenrechte von 1993 anerkannt: „Alle Menschenrechte sind universell, unteilbar, bedingen einander und hängen miteinander zusammen.“

Die strategischen Interessen der EU: Sicherheit und Stabilität²

Die EU hat ein ausgeprägtes Interesse daran, dass in Zentralasien Frieden, Demokratie und wirtschaftlicher Wohlstand herrschen. Das Ziel der EU-Strategie besteht daher darin, gemeinsam mit den zentralasiatischen Staaten aktiv auf diese Ziele hinzuwirken und auch einen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Wohlstand in den Nachbarstaaten leisten.

Die Strategie baut auf den Fortschritten auf, welche die zentralasiatischen Staaten seit Erlangung der Unabhängigkeit bereits erzielt haben. Sie trägt den Gemeinsamkeiten zwischen diesen Staaten wie auch den spezifischen nationalen Gegebenheiten und Anforderungen Rechnung.

Ferner stützt sich die Strategie auf die Ergebnisse, die mit der Umsetzung der verschiedenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, der Hilfsprogramme der EU und anderer Initiativen der EU zur Unterstützung der zentralasiatischen Staaten erzielt wurden.

Die gemeinsamen Interessen der EU und der Staaten Zentralasiens bilden die Grundlage der Strategie. Die Abstimmung der Erwartungen der zentralasiatischen Partner auf die der EU wird sich als Prozess von beiderseitigem Nutzen und zur gegenseitigen Stärkung vollziehen. Der EU ist sehr an Sicherheit und Stabilität sowie an der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in den zentralasiatischen Staaten gelegen, da



² Auszug aus der EU-Zentralasienstrategie der Bundesregierung www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf

- strategische, politische und wirtschaftliche Entwicklungen sowie die zunehmenden transregionalen Herausforderungen in Zentralasien direkt oder indirekt auch die Interessen der EU berühren;
- mit der EU-Erweiterung, der Einbeziehung des Südkaukasus in die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Schwarzsmeersynergie-Initiative Zentralasien und die EU näher zusammenrücken;
- die zentralasiatischen Staaten mit ihren beträchtlichen Energieressourcen und der von der ihnen angestrebten Diversifizierung bei den Handelspartnern und Versorgungswegen zur Deckung des Bedarfs der EU an Energiesicherheit und Energieversorgung beitragen können.

Die EU ist davon überzeugt, dass ein verstärktes Eintreten der zentralasiatischen Staaten für Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und demokratische Werte sowie Marktwirtschaft zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in der Region beitragen und deren Staaten zu verlässlichen Partnern der EU mit gemeinsamen Interessen und Zielsetzungen machen wird.



Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zentralasien

Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan

Staat und Gesellschaft

- Förderung des Dialogs zwischen Staat und Zivilgesellschaft
- Unterstützung pluralistischer und demokratisch-rechtsstaatlicher Strukturen
- Förderung der Informations- und Medienfreiheit

Wirtschaftliche Entwicklung

- Förderung regionaler Kooperation
- Sektorale Beiträge zur Wirtschaftsförderung:
Bekämpfung der Armut durch Unterstützung
des Kleingewerbes (Usbekistan)
Zusammenarbeit mit der Zentralbank Usbekistans
im Bereich Weiterbildung

Regionale Zusammenarbeit

- Konfliktprävention durch Mitwirkung an Lösungen
in den Problembereichen Wasser, Energie, Ökologie
- Förderung des sicherheitspolitischen Dialogs mit Europa
unter Berücksichtigung des Einflusses der USA,
Chinas und Russlands auf die Stabilität der Region



- Auslandsmitarbeiter
- Ortskraft
- Hauptstadt

Weiterführende Literatur

Demokratie- und Menschenrechtsförderung

- **Internationale Demokratieförderung: Mit begrenzter Macht zur Machtbegrenzung**
Michael Dauderstädt und Marika Lerch, 2005
<http://library.fes.de/pdf-files/id/02839.pdf>
- **Demokratieförderung als europäische Herausforderung: Perspektiven für die östlichen Nachbarländer der EU**
Andrea Gawrich und Wulf Lapins, 2007
<http://library.fes.de/pdf-files/id/04433.pdf>
- **Demokratieförderung in der deutschen Außenpolitik**
Wulf Lapins, 2007
<http://library.fes.de/pdf-files/id/04430.pdf>

Kompass 2020 Aufsätze

- Demokratie im Aufwind?: Außenpolitische Strategien der Demokratieförderung, von Marika Lerch, 2007
- Menschenrechte und internationale Sozialpolitik: Grenzen der Anarchie der Macht, von Erfried Adam, 2007
Alle Kompass 2020 Hefte finden Sie im Internet unter
www.fes.de/kompass2020

Zentralasien

- **Zentralasien – Eine Innenansicht**
Reinhard Krumm [Hrsg.], 2006
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2008, ISBN 9967-23-841-0
- **Central Asia's Second Chance**
Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace, 2005, von Martha Brill Olcott
- **Zentralasien. Geschichte – Politik – Wirtschaft**
Ein Lexikon von Marie-Carin Gumpfenberg und Udo Steinbach
Taschenbuch – Februar 2005
- **Zentralasien – Politische Reisereportagen**
von Elke Windisch– Juni 2007
- **Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft**
(Edition Weltregionen) von Bert Fragner und Andreas Kappeler
(Broschiert – Juli 2006)
- **Zentralasien, Aus Politik und Zeitgeschichte**
4/2006, 23. Januar 2006
- **Everyday Life in Central Asia: Past and Present**
von Jeff Sahadeo und Russell Zanca von Indiana University Press, Taschenbuch – Juni 2007
- **Central Eurasia in Global Politics**
on Amineh, Mehdi Parvizi [Hrsg.], 2005
- **Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte**
Kompass 2020, Januar 2007, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Berlin, Reinhard Krumm
- **A Partnership for Central Asia**
Frederick Starr, in: Foreign Affairs, Vol. 84, No. 4, July/August 2005, pp. 164–178
- **Democratic Prospects in Central Asia**
Stephan Blank in: World Affairs, Vol. 116, No. 3/Winter 2004

Links

- Eurasia Net
<http://www.eurasianet.org/>
- Linksammlung zu Osteuropa und Zentralasien
<http://www.osteuropa-netzwerk.de>
- Asia Foundation
<http://www.asiafoundation.org/>
- Central Asia Caucasus Analyst
<http://www.cacianalyst.org>
- Central Asian Gateway
<http://www.cagateway.org/>
- EAPO – The Eurasian Patent Organization
<http://www.eapo.org/>
- ECO – Economic Cooperation Organization
<http://www.ecosecretariat.org/>
- KISI – The Kazakh Institute for Strategic Studies
<http://www.kisi.kz/>
- PAIR – The Portal to Asian Internet Resources
<http://digidoll.library.wisc.edu/PAIR/>
- The EU's relations with Eastern Europe & Central Asia
– Tacis Programme
http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/tacis/index.htm
- Nachrichten über Zentralasien
www.wostok.de
- Policy Studies Central Asia
www.policy-studies.de
- Radio Free Europe/Radio Liberty
www.rferl.org
- Unabhängige, nicht-parteiliche Beratungs- und
Forschungsinstitution
www.centralasia-studies.de

- Institute for Public Policy Kyrgyzstan
www.ipp.kg
- The Times of Central Asia
www.times.kg
- International Crisis Group Central Asia
www.crisisgroup.org/home/index.cfm?l=1&id=1251
- Social Research Center American University of Central Asia
www.src.auca.kg/

Links der Friedrich-Ebert-Stiftung:

- Referat Mittel- und Osteuropa in der Friedrich-Ebert-Stiftung
<http://www.fes.de/international/moe/index.html>
- Website des Regionalprojekts Zentralasien (Taschkent)
<http://www.fes.uz/>
- Website des Menschenrechtspreises
<http://www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/>

Allgemeine Links:

- International Crisis Group – Regionalprojekt Zentralasien
<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1251&l=1>
- Freedom House
<http://www.freedomhouse.org>
- Amnesty International
<http://www.amnesty.org/>
- Human Rights Watch
<http://www.hrw.org/>

Curriculum Vitae

Jevgenij Zhovtis

Geboren am 17. August 1955 in Almaty, Kasachstan

Berufliche Tätigkeiten:

- 1993 – heute Direktor des *Kasachischen Internationalen Menschenrechtsbüros* in Almaty
- 1991 – 1996 Stellvertr. Vorsitzender der Unabhängigen Gewerkschaftsunion Kasachstans in Almaty
- 1977 – 1991 Ingenieur, Forscher am Bergbau-Institut in Almaty

Ausbildung:

- 1996 – 1999 Studium an der Juristischen Hochschule Adilet in Almaty, Diplom Jurist
- 1986 – 1989 Moskauer Institut für Probleme der Müllverwertung
Akademie der Wissenschaften der UdSSR
Promotion im Fachbereich Bergbauwesen



Preisträger des Menschenrechtspreises der
Friedrich-Ebert-Stiftung 2007

Soziale und internationale Tätigkeiten:

- 2005 – heute Mitglied der OSZE-Expertengruppe für die Erarbeitung von Richtlinien für Bürgerinitiativen
- 2004 – heute Mitglied der Expertengruppe im Justizministerium Kasachstans für die Abschaffung der Todesstrafe in Kasachstan und für die Durchführung von Reformen im Gerichtswesen
- 2004 – heute Mitglied der Kommission für Menschenrechte in Kasachstan
- 2001 – heute Mitglied verschiedener Appell- und Solidaritätsgruppen für die Unterstützung von verfolgten Oppositionellen und Journalisten wie Galymzhan Zhakijanov, Ex-Bürgermeister/Akim der Region Pavlodar und Sergej Duvanov, Journalist
- 1999 – heute Vorstandsmitglied der Soros-Stiftung in Kasachstan
- 1997 – heute Vorstandsmitglied des Central Asian Sustainable Development Information Network (CASDIN)
- 1985 – 1989 Vorstandsmitglied von Memorial



Eröffnungsrede zur Verleihung des Menschenrechtspreises 2007

Anke Fuchs – Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sehr geehrter Herr Botschafter Kairat Sarybay,
sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Gernot Erler,
liebe Hertha Däubler-Gmelin, Vorsitzende des Ausschusses
für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen
Bundestag, Bundesministerin a.D.,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Gäste und – last but not least – lieber Herr Dr. Zhovtis,
Ehrengast des heutigen Abends und Träger des
Menschenrechtspreises 2007 der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, Sie zur Verleihung des Menschenrechtspreises 2007 der Friedrich-Ebert-Stiftung in unserem Kongresszentrum in Berlin begrüßen zu dürfen. Zunächst aber ein herzliches Dankeschön dem Konzertpianisten Danijar Jessimchanov aus der kasachischen Kulturstadt Almaty.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht den diesjährigen Menschenrechtspreis an Herrn Dr. Jevgenij Zhovtis, der sich seit vielen Jahren und heute als Leiter des Kasachischen Internationalen Menschenrechtsbüros mit außergewöhnlichem Engagement für die Würde des Menschen und seine universalen Rechte einsetzt.



Meine Damen und Herren, man soll es sich immer wieder vergegenwärtigen: Die Menschenrechte sind die jedem einzelnen Menschen kraft seines Menschseins und seiner Würde von Natur aus zustehenden Rechte. Zu ihnen zählen zum Beispiel das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf freie Berufswahl, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Vereinigungsfreiheit, um nur einige Menschenrechte in Erinnerung zu rufen.

Diese Menschenrechte bilden die unverzichtbare Grundlage für jede menschliche Gemeinschaft, Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Kein Staat, keine Institution, keine Person darf sich das Recht anmaßen, diese Menschenrechte zu verletzen; niemand darf gezwungen werden, auf sie zu verzichten.

Der Schutz dieser Rechte wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10.12.1948 mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ zur universalen Verpflichtung erhoben.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass der Schutz der Menschenrechte keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist. Die Geschichte, vor allem unsere eigene, und die Gegenwart führen uns die bedrückendsten Situationen menschlicher Entwürdigung immer wieder vor Augen.

Deshalb hat das Hamburger Ehepaar Ida und Karl Feist uns durch ein Vermächtnis ermöglicht, mit dem jährlichen Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zu leisten, auf die Lage der Menschenrechte in der Welt aufmerksam zu machen und tapfere Menschen zu ehren, die für den Schutz der Menschenrechte – oft gegen harte Sanktionen – eintreten.

Kein Staat,
keine Institution,
keine Person
darf sich das
Recht anmaßen,
diese Menschen-
rechte zu
verletzen;
niemand darf
gezwungen
werden, auf sie
zu verzichten.

Seit 1994 zeichnet die Friedrich-Ebert-Stiftung Persönlichkeiten aus, die sich mit herausragendem Engagement für andere Menschen und ihre Rechte einsetzen.

So erhielt im vergangenen Jahr ein thailändischer Gewerkschaftler diese Ehrung.

Ich verweise darauf, weil auch Herr Dr. Zhovtis noch zu Zeiten der Sowjetunion als Bergbauingenieur um die Verbesserung der extrem harten, oft lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen der Bergleute mit den staatlichen Behörden gerungen hat. Durch diese Arbeit wuchs ihm so viel Vertrauen zu, dass er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit Kasachstans im Jahre 1991 zum stellvertretenden Vorsitzenden der unabhängigen Gewerkschaftsunion Kasachstans berufen wurde.

Doch vorher, noch zu Zeiten der Sowjetunion, kam es zu einem Herrn Zhovtis prägenden Vorfall, der letztlich die Richtung seines Lebens bestimmte.

Sein Vater war zu Sowjetzeiten ein hochangesehener Wissenschaftler, der dem Sowjetsystem kritisch gegenüber stand. Im Hause Zhovtis wurden Publikationen gelesen, die offiziell verboten waren. Eines Abends begann die Mutter in der Küche, Bücher zu verbrennen, bis weit in die Nacht hinein. Dies geschah gerade noch rechtzeitig. Denn am nächsten Tage durchsuchten staatliche Sicherheitsorgane acht Stunden lang die Wohnung der Familie Zhovtis, zum Glück ohne Erfolg.

Wir Deutschen kennen solche Vorkommnisse zur Genüge aus unserer Geschichte. Kürzlich ist der Film „Das Leben der Anderen“ in den USA mit einem Oskar prämiert worden. Das bewegende Werk hat das Verhältnis zwischen diktatorischer Staatsmacht und den Kritikern, den so genannten „Anderen“, in der DDR thematisiert. In der Sowjetunion gehörte die Familie Zhovtis zu den „Anderen“.

**Ich verweise
darauf, weil auch
Herr Dr. Zhovtis
noch zu Zeiten
der Sowjetunion
als Bergbauin-
genieur um die
Verbesserung der
extrem harten,
oft lebensgefähr-
lichen Arbeits-
bedingungen der
Bergleute mit
den staatlichen
Behörden
gerungen hat.**

Das Gefühl, gegenüber staatlicher Willkür ohnmächtig zu sein, war für Herrn Zhovtis unerträglich. Herr Zhovtis hat das Leben der „Anderen“ nicht vergessen. Weil ihm die Menschenrechte und der Rechtsstaat so existentiell wichtig waren, wählte er die Laufbahn des Rechtswissenschaftlers. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit Kasachstans im Jahre 1991 verteidigt er als Rechtsanwalt jene Menschen, die für ihre Würde, ihre Grundrechte, für Demokratie und Rechtsstaat kämpfen.

Kasachstan, das neuntgrößte Land der Welt, hat sich zwar eine demokratische Verfassung gegeben. Das an Rohstoffen reiche Land erlebt derzeit einen erstaunlichen Wirtschaftsaufschwung. Für diese wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung erhält das Land verdientermaßen internationalen Beifall. Aber Fortschritte im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung entwickeln sich aus Gründen, die wir von Deutschland aus im einzelnen nicht beurteilen können, leider bedeutend langsamer.

In vielen Ländern der Welt, so auch in Zentralasien und in Kasachstan, wird die Modernisierung der Wirtschaft vorangetrieben. Dies hat auch die Lage vieler Menschen verbessert. Dies kann gar nicht geleugnet werden. Politische Reformen treten dabei jedoch leicht in den Hintergrund. Manche Regierungsvertreter sprechen dann von der „autoritären Modernisierung“ und von der Notwendigkeit einer „gelenkten Demokratie“. Und nicht selten fallen dann in der Verfassungswirklichkeit Menschenrechte dem Streben nach wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Stabilität zum Opfer.

Hier setzt die Kritik vieler Menschenrechtsorganisationen an. Die Regierung Kasachstans habe ihren Blick zu sehr auf die Förderung von Erdöl und Erdgas gerichtet, auf den Krieg gegen den Terror und das Streben nach geopolitischem Einfluss. Bei

Nicht selten
fallen dann in
der Verfassungs-
wirklichkeit
Menschenrechte
dem Streben nach
wirtschaftlicher
Entwicklung
und politischer
Stabilität
zum Opfer.

der Durchsetzung dieser unbestreitbar wichtigen Interessen seien allerdings Rechte wie freie Meinungsäußerung, freier Zugang zu Informationen und öffentliche, auch kritische Debatten weniger erwünscht.

Auf die Überwindung dieser Zielkonflikte und Probleme richtet sich die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit mehr als zehn Jahren in Kasachstan für demokratische Werte, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit eintritt. Unsere Arbeit für diese Ziele umfasst heute ein breites Spektrum. Ich möchte nur einige Punkte erwähnen:

- Konferenzen und Seminare mit unabhängigen Journalisten und Vertretern staatlicher Presse- und Informationsämter zum Thema freier Informationszugang und freie Meinungsäußerung;
- Fachkonferenzen und Beratungsprogramme mit dem obersten Verwaltungsgericht, damit Bürgern ein Weg zur Klage gegen behördliche Willkür eröffnet wird;
- Beratungs- und Schulungsprogramme für junge Politikerinnen und Politiker, die in verschiedenen Parteien für die Zukunft ihres Landes arbeiten und Programme für politische Arbeit und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickeln.

Das Interesse an diesen Maßnahmen ist sehr intensiv. Dabei leitet die Friedrich-Ebert-Stiftung keineswegs der Anspruch, deutsche Erfahrungen in die Länder Zentralasiens zu übertragen. Aber – und das verdient anerkennend hervorgehoben zu werden – die kasachische Regierung, maßgebliche politische Kräfte und Vertreter der Zivilgesellschaft in Kasachstan wünschen, politische Erfahrungen aus Deutschland kennen zu lernen und zu diskutieren. Diesem Wunsch nach internationaler Zusammenarbeit entsprechen wir gern.

Das Interesse in Kasachstan und anderen Ländern Zentralasiens an Deutschland speist sich aus zwei Erfahrungen, die

Auf die Überwindung dieser Zielkonflikte und Probleme richtet sich die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit mehr als zehn Jahren in Kasachstan für demokratische Werte, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Deutschland im 20. Jahrhundert machen musste: erstens, die Erfahrungen des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und zweitens die Erfahrungen mit der deutschen Einigung nach dem Zusammenbruch der DDR.

In beiden Epochen haben mutige und vorausschauende deutsche Politiker sowie Bürgerinnen und Bürger bewiesen, dass gerade der politische Wettbewerb und die kritische öffentliche Debatte wirtschaftliche Entwicklung, Demokratie und Gerechtigkeit in einem Lande voran bringen und damit inneren Frieden und sozialen Zusammenhalt gewährleisten können.

Sehr geehrter Herr Dr. Zhovtis, auch Ihr Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit in Kasachstan hat diese Erfahrungen bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weltweit wird – leider – immer wieder beobachtet, dass Stabilität, die nur von oben verordnet oder erzwungen wird, schnell in Chaos und Gewalt umschlagen kann. Eine nachhaltige Entwicklung bedarf politischer Reformen, bedarf des konstruktiven, aber auch kritischen Dialogs zwischen Staat, politischen Kräften und Bürgergesellschaft.

Menschenrechte sind kein Luxus, sie dürfen kein Privileg einiger Regionen oder gesellschaftlicher Eliten bleiben. Nein, ihnen muss überall auf dieser Welt Geltung verschafft werden. Ohne sie ist ein demokratischer, sozialer und bürgernaher Rechtsstaat für alle nicht denkbar. Darum setzt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihren Partnern weltweit für die Menschenrechte ein.

Lieber Herr Dr. Zhovtis, Ihre mutige Menschenrechtsarbeit wird weit über die Grenzen Ihres Landes hinaus hoch anerkannt. Sie haben sich selbstlos eingesetzt für Menschen, die aus politischen Gründen verfolgt wurden.

Meine Damen und Herren, mit der Verleihung des Menschenrechtspreises 2007 an Herrn Dr. Zhovtis ehrt die Friedrich-Ebert-Stiftung

- seinen unbeirrten Einsatz für Gerechtigkeit und demokratische Werte in Kasachstan und Zentralasien,
- sein mutiges Eintreten nicht nur als Anwalt politisch verfolgter Oppositioneller, sondern auch für den Aufbau eines Rechtsstaates in seinem Lande,
- sein vorbildliches Engagement für die Menschenrechte als Grundlage für eine demokratische Entwicklung in Zentralasien,
- seine herausragende Rolle im öffentlichen Dialog über politische Reformen.

Frau Fuchs überreicht die Urkunde an Herrn Dr. Zhovtis.





Preisverleihung und Urkunde

Der Menschenrechtspreis 2007 der Friedrich-Ebert-Stiftung wird verliehen an

Премией Фонда имени Фридриха Эберта в области прав человека
за 2007 год награждается

Dr. Jevgenij Zhovtis

д-р. Евгений Жовтис

Direktor des Kasachischen Internationalen Menschenrechtsbüros
директор Казахстанского международного бюро по правам человека

in Anerkennung und Würdigung
в знак признания и высокой оценки

- seines unbefrührten Einsatzes für Gerechtigkeit und demokratische Werte in Kasachstan und in Zentralasien, его последовательной и активной работы в интересах справедливости и демократических ценностей в Казахстане и Центральной Азии,
- seines mutigen Eintretens nicht nur als Anwalt politisch verfolgter Oppositioneller, sondern auch für den Aufbau eines Rechtsstaates in seinem Lande, его мужественной работы не только в качестве адвоката представителей оппозиции, подвергающихся политическому преследованию, но и в интересах строительства правового государства в своей стране,
- seines vorbildlichen Engagements für die Menschenrechte als Grundlage für eine demokratische Entwicklung, его образцовой работы в интересах прав человека как основы демократического развития,
- seiner herausragenden Rolle im öffentlichen Dialog über politische Reformen. его выдающейся роли в общественном диалоге о политических реформах.

Berlin, 21. Mai 2007
Берлин, 21 мая 2007 года

Anke Fuchs
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Анке Фукс
Председатель Фонда имени Фридриха Эберта

Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung wird aus dem von ihr verwalteten Feist-Fonds in Erfüllung des Vermächnisses von Karl und Ida Feist vergeben.

Награждение Премией Фонда имени Фридриха Эберта в области прав человека производится за счет средств управляемого им Фонда имени супругов Фейст во исполнение заветов Карла и Иды Фейст.



Rede Jevgenij Zhovtis

Direktor des Kasachischen Internationalen Menschenrechtsbüros, Träger des Internationalen Preises der USA und der Europäischen Union für Demokratie und Zivilgesellschaft 1998, des Preises der Internationalen Liga für Menschenrechte 1999 sowie des Anerkennungspreises der Internationalen Helsinki-Föderation 2005.

Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren,

es ist für mich eine große Ehre, den Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung, eines der einflussreichsten Institute der Zivilgesellschaft nicht nur Deutschlands, sondern auch ganz Europas, entgegenzunehmen.

Diese Auszeichnung ist nicht nur eine Anerkennung meiner höchst bescheidenen, zumindest was die Ergebnisse betrifft, Verdienste bei der Förderung der Entwicklung der Demokratie und des Aufbaus eines Rechtsstaats sowie der Achtung der Menschenrechte in den postsowjetischen Ländern Zentralasiens, vor allem in meiner Heimat, in Kasachstan.

Sie ist vielmehr eine gute Gelegenheit zurückzuschauen auf das, was in der Welt und in dieser Region in den letzten fünfzehn Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion passiert ist, und nach vorn zu schauen auf das, was uns in der nächsten und fernerer Zukunft erwartet. Wie die Perspektiven der Demokratie, der Oberhoheit des Gesetzes und der Menschenrechte in dieser Region in Anbetracht der inneren Ressourcen und der Rolle der internationalen Gemeinschaft sind.



In einer Botschaft an die Internationale Menschenrechtskonferenz in Wien im Juni 1993 stellte eine Gruppe von Nobelpreisträgern fest, dass eine der wichtigsten Lehren seit dem Zweiten Weltkrieg in der Notwendigkeit besteht, die Menschenrechte zu achten, was die entscheidende Grundlage der Weltordnung bildet.

Sie erklärten, dass es ohne Freiheit und Gerechtigkeit keinen echten Frieden geben kann, dass ein dauerhafter Frieden auf der uneingeschränkten Achtung der Würde des Menschen basieren muss, dass die Rechte und Freiheiten des Menschen untrennbar miteinander verknüpft sind und universellen Charakter besitzen. Und dass es deshalb Pflicht der Regierungen aller Länder ist, die internationalen und nationalen Bedingungen zu schaffen, unter denen die unveräußerliche Würde und der Wert jedes Menschen tatsächlich geachtet werden und jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein Potential möglichst weitgehend zu realisieren. Und der beste Weg, um dieses Ziel zu erreichen, besteht in politischen Systemen, die auf der wahrhaft demokratischen Mitwirkung aller Menschen aufbauen.

Darüber hinaus müssen die nationalen Interessen verknüpft sein mit internationalen Verpflichtungen. Die herausragende Bedeutung dieser Botschaft der Nobelpreisträger, die unterschiedliche Länder, Kontinente, Kulturen und Konfessionen repräsentieren, besteht in der Anerkennung des universellen Charakters der Rechte und Freiheiten des Menschen und der Achtung seiner Würde.

Eines universellen Charakters, der auf der gemeinsamen Vorstellung der Menschheit von den fundamentalen Werten des menschlichen Daseins aufbaut, die unabhängig sind von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Wohnort oder Glaube.

Kulturelle, geschichtliche und sonstige Unterschiede vermögen diese Vorstellung lediglich zu bereichern, jedoch nicht in Frage zu stellen.



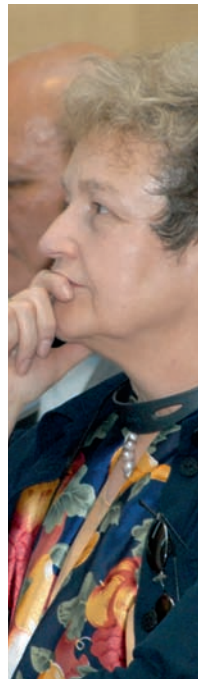
Ich komme aus einem Land, einer Region, die scherzhaft mit folgender Metapher in Verbindung gebracht werden kann.

Zu Sowjetzeiten waren wir im gesellschaftspolitischen Bereich angehalten zu sagen, zwei mal zwei sei fünfundzwanzig. Unmittelbar nach Beginn der Perestrojka wurde verkündet, zwei mal zwei sei acht, und dabei sollte man der Führung auch noch dankbar sein, dass man von uns nicht mehr verlangte, fünfundzwanzig zu sagen. Weitere fünfzehn Jahre später, nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden wir zwar schon nicht mehr gezwungen, aber aufgefordert halb freiwillig, halb gezwungen zu meinen, zwei mal zwei sei fünf oder 4,8 oder 4,5, je nach Härte oder Milde der autoritären Tendenzen in dem einen oder anderen Land.

Dabei verweisen unsere Machthaber zuweilen auf die USA und die europäischen Länder, in denen ebenfalls von Zeit zu Zeit behauptet wird, dass es aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit und des Kampfes gegen den Terror notwendig ist, dass zwei mal zwei gleich 4,15 sei.

Doch man muss ganz energisch dafür kämpfen, dass anerkannt wird, dass zwei mal zwei gleich vier ist. Ich denke, dass der Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung auch eine Anerkennung für all jene Verteidiger des Rechts und Liberalen in der ehemaligen Sowjetunion ist, die hartnäckig an der einfachen Rechnung festhalten, dass zwei mal zwei gleich vier ist und nicht bereit sind, sich auf Begründungen für irgendwelche andere Ergebnisse der Multiplikation dieser beiden Zahlen einzulassen.

Das Problem des Manipulierens, Jonglierens und Auswechselns von Begriffen zu den Schlüsselementen der menschlichen Dimension – der Entwicklung der Demokratie, der Oberhoheit des Gesetzes und der Achtung der Menschenrechte – ist derartig dringlich geworden in der Welt, dass es höchste Aufmerksamkeit verdient.



Man gewinnt den Eindruck, dass die Menschheit zurückgekehrt ist zu der Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Sowjetunion und der demokratischen Staaten in Vorbereitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Ich möchte daran erinnern, dass seinerzeit die Vertreter des sozialistischen Staates für die Priorität der wirtschaftlichen und sozialen Rechte gegenüber den politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten eintraten. Der Mensch braucht Brot, die Freiheit kann warten, lautete ihre Argumentation.

Darauf gab es eine großartige Antwort eines Vertreters eines demokratischen Staates, ich glaube, er kam aus Großbritannien. Er sagte, die Menschheit arbeitet an einem Grundsatzdokument im Bereich der Menschenrechte für freie Menschen und nicht für gut gepflegte Sklaven. Freiheit und Demokratie sind der Weg zum Gedeihen, zu einer effizienten Wirtschaft und zur Einhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Die gesamte Weltgeschichte, mit wenigen Ausnahmen, bestätigt diese Wahrheit. Anders geht es nicht.

Die entwickelten demokratischen Staaten, ihre Führungen und ihre Völker haben eine besondere Verantwortung für die Bewahrung dieser grundlegenden Vorstellungen, dieser fundamentalen Werte, dieser hinreichend einfachen und zugleich höchst komplizierten Arithmetik.

Der Gemeinschaft der demokratischen Staaten gelingt dies leider bisher nur unter großen Mühen.

Die Menschenrechtler in unserer Region verweisen manchmal darauf, dass es vier Feinde der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte in der Welt gibt:

Erdöl, Gas, der Kampf gegen den Terrorismus und geopolitische Erwägungen.

Mit der Zeit werden diese Feinde nicht schwächer, sondern immer stärker.

Ein Vertreter
eines demokratischen Staates
sagte einmal:
Die Menschheit
arbeitet an
einem Grundsatzdokument im
Bereich der
Menschenrechte
für freie Menschen
und nicht für gut
verpflegte Sklaven.

In der Welt ist eine Krise der Universalität der Rechte und Freiheiten des Menschen zu verzeichnen, immer häufiger kommen doppelte Standards zur Anwendung.

Die Politiker in manchen führenden demokratischen Staaten haben sich selbst davon überzeugen lassen und versuchen de facto sowohl das eigene Volk wie auch fremde Völker ebenfalls davon zu überzeugen, dass die besonderen politischen Interessen, die Sicherheitsinteressen es gestatten, die fundamentalen Vorstellungen von Demokratie, Oberhoheit des Gesetzes, Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten ein klein wenig anzupassen.

Und wenn sie das im Lager in Guantanamo, im Gefängnis Abu Ghraib oder insgesamt im Irak, in Afghanistan, im Rahmen der Einwanderungspolitik in Europa oder bei der Lösung interkonfessioneller Probleme tun, verlieren sie und ihre Länder immer stärker das moralische Recht zu behaupten, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte seien die Werte, an die sie selbst glauben und von denen sie sich in den Beziehungen zu anderen leiten lassen.

In der Welt ist es zu einer Krise in den internationalen Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension, im Bereich der Rechte und Freiheiten des Menschen gekommen.

Nicht nur die autoritär regierten Länder, zu denen die meisten Länder der ehemaligen Sowjetunion gehören, sondern auch eine solche typische Diktatur wie Turkmenistan hat die Mehrzahl der grundlegenden internationalen Menschenrechtsverträge ratifiziert, sind Mitglieder der OSZE, einige sogar des Europarates.

Sie alle verletzen aufs Gröbste ihre sich aus diesen internationalen Verträgen ergebenden Rechtspflichten oder die politischen und moralischen Verpflichtungen zur menschlichen Dimension im Rahmen der Organisationen, deren Mitglieder sie

In der Welt ist eine Krise der Universalität der Rechte und Freiheiten des Menschen zu verzeichnen, immer häufiger kommen doppelte Standards zur Anwendung.

sind. Und die demokratische internationale Gemeinschaft hat keine Mechanismen der Einflussnahme auf sie.

Die UN wie auch die OSZE oder andere regionale Organisationen haben nur sehr beschränkte politische Möglichkeiten, um die Anerkennung und praktische Durchsetzung des Prinzips der Universalität der Menschenrechte zu gewährleisten.

Bei der Beurteilung der Situation hinsichtlich der Entwicklung der Demokratie und der Menschenrechte in den verschiedenen Ländern im OSZE-Raum haben die entwickelten demokratischen Staaten und vor allem die europäischen Länder begonnen, anstelle der Anwendung klarer Kriterien, wie sie in den internationalen Verträgen zu den Menschenrechten und den OSZE-Dokumenten verankert sind, immer umfassender das so genannte Vergleichsverfahren zu praktizieren.

„Ist die Situation in Kasachstan beispielsweise besser oder schlechter als in Turkmenistan oder Usbekistan?“, fragen die Politiker in Brüssel, Wien oder Straßburg. „Besser“, lautet die Antwort der Botschafter der westeuropäischen Staaten in Astana, der Hauptstadt Kasachstans. Und auf diese Weise wird eine positive Entwicklung festgestellt?!

Mit dem gleichen Erfolg könnte man als Kriterien für den Vergleich auch Nordkorea, Myanmar oder Kuba usw. wählen.

Unter diesen Bedingungen stehen Kasachstan, ebenso wie Kirgisistan, Tadschikistan, Aserbaidshan, Russland oder Belarus, die in vielerlei Hinsicht den in den OSZE-Dokumenten verankerten internationalen Standards bezüglich der Rechte und Freiheiten der Menschen, der Demokratie und des Rechtsstaats nicht entsprechen, mehr oder weniger annehmbar da, denn es gibt ja auf dieser Skala der Kriterien auch noch Turkmenistan und Usbekistan.

Gefangene dieser Politik sind leider wir alle – sowohl die demokratischen OSZE-Mitgliedsländer wie auch die regierende



Elite in den Ländern, die eine demokratische Entwicklung anstreben, und die Länder, die demokratische Reformen imitieren, und deren Völker.

Es ist zwar paradox, aber heute sind die Prinzipien und Grundsätze der Menschenrechtsdeklaration, der Internationalen Pakte über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte noch abstrakter, als sie es vor 50 bis 60 Jahren waren, als diese Dokumente verabschiedet wurden.

Die Welt steht vor einer äußerst ernststen Herausforderung.

Entweder die Politik der doppelten Standards, die Idee der „politischen Zweckmäßigkeit“, die Konzeption des Vorrangs der staatlichen Interessen vor den individuellen Rechten und Freiheiten siegt und „beerdigt“ damit die fundamentalen Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit, für deren Anerkennung die Menschheit bereits einen viel zu hohen Preis bezahlt hat.

Oder diese grundlegenden allgemein menschlichen universellen Werte, die in den Rechten und Freiheiten des Menschen verkörpert sind, werden zum unzerstörbaren Fundament jeglicher globaler Politik.

Und so paradox dies auch klingen mag, diese Feststellung ist wesentlich weiter vom Idealismus entfernt und kommt dem Pragmatismus näher, wenn man an die Zukunft der Völker denkt und nicht das Schicksal und die Ambitionen dieser oder jener globaler politischer Führer im Sinn hat.

Im Zusammenhang mit dieser äußerst komplizierten Aufgabe erhöht sich die Verantwortung der demokratischen Länder einschließlich der europäischen, ihrer politischen Eliten und Völker um ein Vielfaches.

Man möchte hoffen, dass das Begreifen dieser Verantwortung in wirksame praktische Schritte mündet.



Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und dem Entstehen neuer unabhängiger Staaten machte sich die Hoffnung breit, dass diese Region, darunter auch die Region Zentralasien, den Weg einer demokratischen Entwicklung eingeschlagen hat.

Auf dieser Annahme beruhte auch die Politik der internationalen Gemeinschaft in der Region im Bereich der Entwicklung der Demokratie, des Rechtsstaates und der Achtung der Rechte und Freiheiten des Menschen.

Bei Anerkennung der Tatsache, dass Zentralasien recht weit entfernt liegt vom Zentrum der europäischen Politik, und dass diese Politik nicht koordiniert und deutlich ausgeprägt war, lagen ihr, zumindest stellt es sich für einen Betrachter aus der Region selbst so dar, doch eine Reihe wesentlicher Thesen zugrunde:

- Die in den Staaten der Region an der Macht befindlichen Vertreter der ehemaligen kommunistischen Parteiklatura sind zur Durchführung wirtschaftlicher und politischer Reformen geneigt. Umso mehr, da sie an der Spitze von Staaten stehen, die unabhängig geworden sind und deshalb in die internationale Gemeinschaft aufgenommen und Teilnehmer der internationalen Beziehungen und des internationalen Handels werden wollen. Dieser Wunsch an sich kann ein guter Katalysator für Fortschritte auf dem Wege der Demokratisierung sein.
- Der Demokratisierungsprozess erfordert einen längeren Zeitraum und die Aufeinanderfolge von bis zu zwei Generationen, vor allem die Ablösung der Träger des sowjetischen Denkens und der kommunistischen Ideologie. Deshalb muss auf das Anstoßen von Systemreformen dort, wo dies möglich ist, und die zukunftsgerichtete Arbeit der Ausbildung der nächsten Generationen gesetzt werden, die nicht die Bürde der sowjetischen Vergangenheit tragen und für neue pro-

Der Demokratisierungsprozess erfordert einen längeren Zeitraum und die Aufeinanderfolge von bis zu zwei Generationen, vor allem die Ablösung der Träger des sowjetischen Denkens und der kommunistischen Ideologie.

gressive und rationalere Mechanismen der Steuerung von Staat und Gesellschaft empfänglich sind.

- Eine nachhaltige Entwicklung beinhaltet vorrangig die Entwicklung der Wirtschaft und die Gewährleistung der Sicherheit, und wenn die herrschende Elite das garantiert, kann man einige Abweichungen von den fundamentalen Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten, wie sie in den internationalen Verpflichtungen verankert sind, die von den Führungen dieser Staaten übernommen wurden, beispielsweise als OSZE-Mitglieder, „verzeihen“.
- Die Förderung der Freiheit, der Demokratie sowie der Ideen einer offenen Zivilgesellschaft, des Rechtsstaates und der Menschenrechte muss unter Berücksichtigung der Mentalität, der Traditionen und kulturellen Besonderheiten der Völker der Region erfolgen.

Hier muss jedoch auf folgendes hingewiesen werden:

Mehr als fünfzehn Jahre nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion haben sich in allen Ländern der Region autoritäre personifizierte politische Systeme herausgebildet. Die gesamte Macht ist in den Führungen der Staaten, der Präsidenten und ihrer Umgebung konzentriert. Ohne den eindeutig geäußerten politischen Willen der Staatsoberhäupter sind mehr oder weniger gewichtige politische oder wirtschaftliche Entscheidungen nicht möglich. Dabei muss dieser politische Wille nicht nur explizit bekundet werden, er muss auch einhergehen mit konkreten Schritten zu seiner praktischen Durchsetzung.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, den tatsächlichen politischen Willen zu demokratischen Reformen von seiner Imitation zu unterscheiden.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion haben es die an der Macht befindlichen postsowjetischen Eliten gelernt, nicht nur „gelenkte Demokratien“, wie dies vom russischen Präsidenten

Von besonderer Wichtigkeit ist es, den tatsächlichen politischen Willen zu demokratischen Reformen von seiner Imitation zu unterscheiden.

Wladimir Putin definiert wurde, sondern auch „Imitations-“ oder „Scheindemokratien“ aufzubauen.

Das sind Systeme der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die ihrer Form nach (Vorhandensein von Verfassungen, Wahlen, Parlamente, örtliche Vertretungs- und Machtorgane, politische Parteien und Massenmedien) konstitutionellen Demokratien ähnlich sind, aber ihrem Inhalt nach sich nicht allzu weit vom sowjetischen System entfernt haben.

Heute muss man mit aller Deutlichkeit feststellen, dass sich die Erwartungen an die postsowjetischen Eliten, sie seien zu einer Entwicklung in Richtung demokratischer Institute, Mechanismen und Verfahren fähig, nicht erfüllt haben.

Wie hatte es der ehemalige Premierminister Russlands Viktor Tschernomyrdin doch so treffend formuliert: „Im heutigen Russland kannst Du eine beliebige politische Partei bilden, am Ende kommt doch immer die Sowjetische Kommunistische Partei heraus.“

Diese Eliten haben sich modifiziert, wurden zu totalitären, brutalen oder sog. weichen autoritären Regimen, die wenig Neigung zu demokratischen Reformen verspürten und dazu noch gezwungen waren, Antworten auf drei gewichtige Fragen zu finden.

Hier sei angemerkt, dass das wichtigste „Eigentum“ der Parteienomenklatura zu Sowjetzeiten der Schreibtischsessel war, der den Zugriff auf Güter, Vergünstigungen, Mangelwaren und sonstige Vorzüge eröffnete, die mit der Zugehörigkeit zum Kreis der Auserwählten gekoppelt waren. Geld und Immobilien waren an sich nicht so wichtig, wie der Platz in der Parteihierarchie, der die Einflussmöglichkeiten und den Zugriff auf Güter bestimmte.

Mit dem beginnenden Übergang zum Privateigentum und zur Marktwirtschaft änderte sich die Situation radikal. Nun bestand die Hauptaufgabe, den Sessel in Geld und Vermögen in Form von Fabriken, Werken, Häusern und Schiffen zu „konver-

Heute muss
man mit aller
Deutlichkeit
feststellen, dass
sich die Erwartun-
gen an die
postsowjetischen
Eliten, sie seien
zu einer Entwick-
lung in Richtung
demokratischer
Institute, Mecha-
nismen und
Verfahren fähig,
nicht erfüllt
haben.

tieren“, was von der Parteinomenklatura in allen Republiken der ehemaligen Sowjetunion mit unterschiedlichem Erfolg auch getan wurde.

Unter Bewahrung der vollständigen Kontrolle über die Strafverfolgungsbehörden (was gleichzeitig den Schutz vor möglichen Nachforschungen bedeutete) und die gesamtstaatlichen Massenmedien (d.h., es wird der Zugang der Bevölkerung zu Informationen kontrolliert) begann die Parteinomenklatura parallel dazu mit dem Aufbau des neuen Staatswesens, der Reformierung der Wirtschaft und der Sicherung der eigenen Interessen im Zuge der Entstaatlichung und Privatisierung.

Nachdem die Etappe der Schaffung der marktwirtschaftlichen Grundlagen und vor allem nachdem die Privatisierung, genauer gesagt, die Aufteilung des Eigentums unter den Vertretern der politischen Elite, die in allen Ländern der Region in der einen oder anderen Form die Macht ausübte, abgeschlossen war, stand sie vor drei entscheidenden lebenswichtigen Fragen:

1. Legitimierung der Ergebnisse der Privatisierung im öffentlichen Bewusstsein. Einfacher ausgedrückt, geht es um die Zustimmung des Volkes dazu, dass das Vermögen bereits verteilt und geteilt ist und man sich damit abfinden muss. Die Varianten für dieses sich abfinden müssen können unterschiedlich sein: von der Kontrolle über die Strafverfolgungsbehörden und die Informationen bis zur Unterbindung jeglicher Unmutsbekundung und zum Einverständnis mit den Ergebnissen der primären „wilden“ Akkumulation des Kapitals. Weil diejenigen, die dieses Kapital gefunden haben, mit dem Volk teilen und einen spürbaren Anstieg des Wohlstands und eine Verbesserung des Lebensstandards sichern, und dann kann man letztendlich sagen: „Zum Teufel mit ihnen, man kann sowieso nichts machen“.
2. Legalisierung des durch harte Arbeit akkumulierten Kapitals und Eigentums, um ruhig schlafen zu können und nicht be-



fürchten zu müssen, das jeder Wechsel an der Macht oder jedes Nichteinverständnis mit ihr zu einem „Klingeln“ der Steuerfahndung, der Staatsanwaltschaft oder der nationalen Sicherheitsorgane an der Wohnungstür führt.

3. Gewährleistung von Garantien gegen jedwede Revision der Ergebnisse der Privatisierung, der Aufteilung des Vermögens, gegen Untersuchung und Strafverfolgung bei Wechsel der politischen Elite an der Macht.

Solange die regierenden Eliten keine zufrieden stellenden Antworten auf diese Fragen gefunden haben, wird sich der gesamte post-sowjetische Raum im Zustand einer ständigen offenen oder latenten politischen Instabilität befinden.

Solange die regierenden Eliten keine zufrieden stellenden Antworten auf diese Fragen gefunden haben, wird sich der gesamte post-sowjetische Raum im Zustand einer ständigen offenen oder latenten politischen Instabilität befinden. Die ersten Staaten im post-sowjetischen Raum (mit Ausnahme der baltischen Länder), die die nachdrückliche Suche nach Antworten auf diese Fragen aufgenommen haben, sind Georgien, Ukraine und in einem gewissen Maße Kirgisistan. Schauen wir, was für Lösungen gefunden werden und inwieweit sie erfolgsversprechend sind, obwohl in diesen Ländern höchstwahrscheinlich gerade erst die Ablösung der Parteionomenklatura begonnen hat und noch einige Jahre vergehen werden, bis dieser Prozess abgeschlossen ist und in eine gewisse Stabilität der politischen Entwicklung mündet.

Die an der Macht befindlichen autoritären Führer versuchen ihre Völker und die Weltgemeinschaft davon zu überzeugen, dass die von ihnen errichteten Systeme stabil sind und man deshalb diese Stabilität nicht durch eine jähe Bewegung in Richtung Demokratie gefährden darf. Übrigens bekommt man diese Argumentation mitunter auch aus dem Munde westlicher Politiker zu hören.

Stabilität ist jedoch kein statischer, sondern ein dynamischer Begriff. Eine Stabilität, die auf einem nicht ablösbaren Führer basiert, ist eine Stabilität personeller und nicht institutioneller Natur. Das ist keine sich dynamisch entwickelnde Stabilität, die auf einem System von Bremsen und Gegengewichten, der Ge-

waltenteilung, der Oberhoheit des Gesetzes und der Gleichheit aller vor dem Gesetz beruht. Sie wird bei der notwendigen Suche nach einem Nachfolger und der Übergabe der Macht unweigerlich in Gefahr geraten.

Keine Erfüllung haben auch die Erwartungen gefunden, dass sich mit dem Wegfall des eisernen Vorhangs die Gedanken der Freiheit und Demokratie als ausreichende Motivation für die Völker der Region erweisen, um Veränderungen einzufordern und zu bewirken, dass sich eine Zivilgesellschaft entwickeln wird und die Menschen sich aktiv einbringen werden in den politischen und wirtschaftlichen Umbau ihres Staates.

Die Gedanken der Freiheit und Demokratie sind bedauerlicherweise in beträchtlichem Maße diskreditiert, die Gesellschaft ist politisch gleichgültig, von der Macht getrennt und mit Leichtigkeit in jenen Zustand zurückgekehrt, in dem man sie mit Propaganda, vergleichbar der sowjetischen, und politischen Technologien manipulieren kann, die nichts gemein haben mit den Prinzipien von Anstand und Moral.

Wenn ich so spreche, möchte ich am wenigsten als Menschenrechtler und Idealist erscheinen, der die Demokratie in seinem Land über Nacht eingeführt sehen möchte und deshalb so ungeduldig und kritisch ist.

Es ist genau umgekehrt, es ist die realistischste Einschätzung der Lage und der Versuch, einen Ausweg aus der Situation zu finden und nach wirksameren Strategien zu suchen.

Diesen Ausweg sucht ebenso der demokratische Teil der kasachischen Gesellschaft, ihn sucht die internationale Gemeinschaft, darunter auch die europäischen Länder in dem Maße, wie sie ökonomische und geopolitische Interessen in der Region haben. Man sucht ihn, indem man den Antrag Kasachstans auf Vorsitz in der OSZE diskutiert, indem man eine europäische Zentralasien-Strategie entwickelt, im schwierigen Dialog mit Russland.

Man sucht ihn auf dem Weg des Dialogs mit den Machthabern in den Ländern der Region, indem man versucht, sie in eine Diskussion über die politische Entwicklung und die in der zivilisierten Welt üblichen demokratischen Regeln und Verfahren einzubinden.

Dialog ist natürlich besser als kein Dialog, doch ein Dialog muss zu einem Ergebnis führen, und sei es ein kleines, aber immerhin zu einem Ergebnis. Und der Dialog muss auf bestimmten Prinzipien und Werten aufbauen, vor allem auf jenen, die die demokratischen Länder befürworten, an die sie glauben und die sie voranbringen, auf jenen fundamentalen Prinzipien und Werten, an die auch die demokratischen Kräfte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion glauben.

Zu diesen Prinzipien und Werten gibt es keine Alternative. Davon zeugt die Geschichte der Menschheit, doch ihre Anerkennung auf der Ebene der Staatspolitik und der Gesellschaft erfordert eine gewaltige Anstrengung.

Ich wurde in der Sowjetunion geboren, habe den überwiegenden Teil meines Lebens in diesem Staat verbracht und hätte mir 1984 nicht einmal vorstellen können, dass es ihn acht Jahre später nicht mehr geben würde, dass ich aber durch die Welt reisen kann, frei reden und versuchen kann, Demokratie und Menschenrechte in meinem Land voranzubringen.

Gerade diese Erfahrung ist es, die mich nicht zu einem Pessimisten werden lässt. Ich bin Optimist, wenn auch ein gemäßigter Optimist, und denke, dass wir ungeachtet aller Zickzacks doch in Richtung Freiheit und Demokratie vorankommen und auch ankommen werden. Und ich hoffe, dass die internationale Gemeinschaft, die europäischen Länder und Deutschland uns dabei helfen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Фонд Фридриха Эберта

ТЕРНИСТЫЙ ПУТЬ?

Демократия и защита прав
человека в теории и на практике



Содержание

77

ТЕРНИСТЫЙ ПУТЬ?

**Демократия и защита прав человека в теории
и на практике**

Даниэла Хинце

89

СИТУАЦИЯ В ЦЕНТРАЛЬНОЙ АЗИИ

**Ситуация с правами человека и демократией в
Центральной Азии**

Анна Вольф

100

Библиография

103

ОБЩЕЕ ОПРЕДЕЛЕНИЕ ПОНЯТИЯ «ПРАВА ЧЕЛОВЕКА»

106

СТРАТЕГИЧЕСКИЕ ИНТЕРЕСЫ ЕС: БЕЗОПАСНОСТЬ И СТАБИЛЬНОСТЬ

108

**Работа Фонда Фридриха Эберта
в Центральной Азии**

110

ДОПОЛНИТЕЛЬНАЯ ЛИТЕРАТУРА

114

БИОГРАФИЯ

Евгений Жовтис

117

**РЕЧЬ ГОСПОЖИ АНКЕ ФУКС,
ПРЕДСЕДАТЕЛЯ ФОНДА ФРИДРИХА ЭБЕРТА**

127

**РЕЧЬ ПО СЛУЧАЮ ВРУЧЕНИЯ ПРЕМИИ
ФОНДА ФРИДРИХА ЭБЕРТА ПО ПРАВАМ
ЧЕЛОВЕКА**



ТЕРНИСТЫЙ ПУТЬ?

Демократия и защита прав человека в теории и на практике

Даниэла Хинце

Содействие развитию демократии, защите прав человека и правовой государственности за последние два десятилетия приобрело огромное значение в международном сотрудничестве в целях развития. Именно после распада коммунистического лагеря началась «волна демократизации», которая, даже если она и сопровождалась критическими голосами, пережила новый подъем после террористических актов 11 сентября. При этом оказалось, что содействие развитию демократии и защите прав человека являются не простой задачей, а содержит в себе много ловушек, о которых следует помнить тем, кто содействует развитию демократии. Многие вопросы еще остаются открытыми: насколько далеко и как быстро может и имеет право осуществляться процесс демократизации? При каких обстоятельствах и условиях может осуществляться содействие процессу демократизации извне?

Все основные «страны-доноры» в рамках международного сотрудничества в целях развития принципиально выразили свою приверженность политике развития, ориентированной на демократию и права человека. В 1990 г. правивший в те годы президент Танзании Али Хасан Мвиньи (Ali Hassan Mwinyi) отмечал, что «*Демократия и права человека являются обязательно необходимым условием развития*». Заключительное Заявление Венской конференции по правам человека в 1993 г., которую подписало 171 государство, также настоятельно подчеркивало тесную связь и взаимозависимость демократии, развития и соблюдения прав и основных свобод человека.

В итоге все государства, присутствовавшие на саммите тысячелетия Организации Объединенных Наций в 2000 г., единодушно обязались оказывать содействие и укреплять демократию, правовую государственность и соблюдение международно-признанных прав человека и основных свобод, включая право на развитие.

Правовая государственность является центральной особенностью каждой демократии. Она является условием стабильности демократических структур и исключения произвола со стороны какого-либо государства. Демократические государства могут существовать устойчиво лишь путем защиты законов, разделения властей, функционирования системы «сдержек и противовесов» (англ.: «checks and balances»), взаимного контроля государственных органов, независимости судебно-правовой системы. Таким образом, действия государства подчиняются закону и дают каждому гражданину правовую гарантию прав человека.

Права человека являются элементарной составной частью демократии. Без обеспечения основных политических и гражданских прав демократия и связанная с этим партиципация, т.е. участие граждан, общества в государственном управлении экономикой, неосуществимы. В последние годы вновь приобрело значение также соблюдение экономических, социальных и культурных прав, ибо непредоставление этих прав может повлечь за собой дестабилизацию общества. Таким образом, защита прав человека является элементарной и прочной составной частью содействия развитию демократии.

Понятия внешнего содействия развитию демократии и защиты прав человека

Что означает демократия и внешнее содействие ее развитию? По этому поводу существует много разных точек зрения. Но обычно под внешним содействием развитию демократии понимают попытку политических акторов, т.е. субъектов политики, изменить

политическую систему и структуры процессов принятия политических решений какого-либо государства с помощью разных инструментов таким образом, чтобы новая система поначалу отвечала минимальным критериям демократической системы. Открытые процессы трансформации в направлении демократии в этом случае поддерживаются помощью извне. При этом существует разница между внешними влияниями, которые лишь косвенно или целенаправленно воздействуют на процессы демократизации.

Вопрос о том, что относится к минимальным критериям демократии, также является спорным, как и вопрос о том, какие отличительные признаки характеризуют безупречно функционирующую демократию. Между идеальной демократией и полностью авторитарным режимом существует большая серая зона, которую Питер Бёрнел (Peter Burnell) характеризует как «демократию с прилагательными» («democracy with adjectives», т.е. полудемократия, частичная, ограниченная, квазидемократия, демократия низкой интенсивности, нелиберальная демократия и т.д.), «авторитаризм с прилагательными» (полуавторитаризм, конкурентный авторитаризм, либеральные автократии, либерализирующиеся автократии). Таким образом, политик, который занимается внешним содействием развитию демократии, должен для себя определить, какие признаки демократии являются важными в рамках содействия развитию и «сколько демократии» следует добиться в конце. При этом решающее значение имеет то, можно ли с помощью используемых средств, а также исходной ситуации достичь этих целей и способны ли они обеспечить устойчивую демократизацию общества.

Для отражения цели настоящей статьи приводятся следующие центральные признаки демократии: *суверенитет народа; гражданское участие; политический и общественный плюрализм; ограничение власти и правления; правовая и социальная государственность.*

Защита прав человека нацелена на то, чтобы устранить неравные общественные отношения власти на всех уровнях и

поддержать политические, социальные и институциональные процессы реформ, которые способствуют полному устранению дискриминации и общественной изоляции. Спектр действия защиты прав человека весьма широк и зачастую осуществляется наряду с содействием развитию демократии. Часто иницируются мероприятия, которые обеспечивают доступ к институтам или общественным учреждениям либо укрепляют демократические структуры и гражданское общество. Особое значение имеет создание независимой судебной-правовой системы для контроля государственных действий и обеспечения гарантии правовой безопасности. В сферу защиты прав человека входит также оказание прямой помощи (например, в виде продуктов питания или финансовых средств) в целях борьбы с беднотой.

Как осуществляется содействие развитию демократии?

Универсальной схемы того, как можно оказать содействие развитию демократии, не существует. Каждый раз необходимо заново формулировать региональные или специфичные для стран стратегии и инструменты содействия развитию демократии. Те, кто содействует развитию демократии, в прошлом накопили большой опыт. Полученные результаты, однако, не позволяют создать единую концепцию содействия развитию демократии. Этот опыт, скорее, служит тому, чтобы предложить набор инструментов и целей, которые, в зависимости от ситуации, каждый раз следует выбирать заново.

Для лучшего понимания ниже будут кратко изложены важные аспекты внешнего содействия развитию демократии при трансформационных процессах.

Содействие развитию демократии при трансформационных процессах

Трансформационные процессы государственных систем происходят не в каком-то вакууме, а всегда находятся под прямым или косвенным влиянием различных внешних факторов. Все важные аспекты внешнего содействия развитию демократии в трансформационных государствах можно представить следующим образом:

➤ *Те, кто содействует развитию демократии, и их мотивы*

Решающим здесь является следующий вопрос: «Кто содействует и почему?».

Многие из тех, кто содействует развитию демократии, поддерживают процессы демократизации на основе исторических, политических или экономических отношений со страной-получателем. Другие же надеются тем самым на стабилизацию политического положения в регионе или выравнивание экономических систем в целях эффективной кооперации.

Многие западные промышленно развитые государства объявили содействие развитию демократии прочной составной частью своей политики.

➤ *Адресаты содействия*

Адресаты содействия должны быть целенаправленно выбраны политическими акторами, содействующими развитию демократии. Чтобы найти адресатов содействия, важно идентифицировать тех политических акторов в стране-получателе, которые выражают желание к проведению трансформации. Ими могут быть государственные или гражданско-общественные группы либо ключевые фигуры. При этом исходят из того, что целенаправленное содействие тех, кто выступает за это, является более устойчивым и эффективным.

Режимы, при которых элиты и государство, а также политические и экономические сети власти почти идентичны, труднее поддаются демократизации, нежели режимы, при которых «нейтральная» бюрократически-административная государственность соединяется с авторитарной политической верхушкой. В первом случае сильное влияние власти и постоянный контроль оставляют весьма мало возможностей для использования определенных инструментов содействия развитию демократии по отношению к выбранным и заинтересованным в реформах политическим акторам. Трансформационные процессы являются более успешными, когда они инициируются одновременно в разных сферах: политическая трансформация авторитарных систем в демократические системы; экономическая трансформация плановой экономики в социально ориентированную, либеральную рыночную экономику; социальная трансформация закрытых и управляемых обществ в открытые и плюралистические общества.

➤ *Ожидания получателей*

Естественно, имеет значение то, какие интересы имеет не только тот, кто влияет, но и адресаты. Каковы возможности влияния внешних политических акторов и насколько адресаты хотят поддаваться влиянию? Что ожидают они от того, кто содействует? Насколько велико желание к проведению трансформации? Сколько трансформации, что, естественно, означает, «сколько демократии», хотела бы осуществить страна-получатель? Ответы на все эти вопросы необходимы для разработки индивидуальной стратегии содействия развитию эффективной, успешной и, прежде всего, устойчивой демократии.

При монополизированных отношениях власти в авторитарном государстве, которые от случая к случаю выражены по-разному, трудно «вскрыть» все эти структуры и поддержать ограничение

или перераспределение власти. Такие попытки демократизации могут вызвать сопротивление в группах, которые должны отказаться от привилегий и власти, чтобы демократизировать страну. Одновременно наблюдается феномен, когда группы, тем или иным образом обделенные при авторитарных режимах, теперь желают использовать шансы проведения процесса демократизации, чтобы улучшить свои позиции и повысить свой авторитет. Тем самым процессы трансформации авторитарных государств в демократические поначалу могут таить в себе опасность повышения конфликтного потенциала. В этой связи индивидуальная концепция содействия развитию демократии в стране-получателе должна содержать предложения и меры противодействия этим возможным конфликтным тенденциям.

➤ *Политическая культура в стране-получателе*

Политическая культура в стране-получателе также имеет решающее значение для принятия решения о том, сколько демократии можно осуществить с учетом ныне действующей политической системы, истории, культуры или традиций, а также общественных структур страны и за какой период. В странах-получателях могут встречаться следующие ситуации:

- авторитарному и не желающему проведения трансформации режиму противостоит общество, которое выражает желание демократизации (например, Польша в 1989 г., Бирма);
- авторитарному и не желающему проведения процессов демократизации режиму противостоит общество, которое в своем большинстве относится к демократизации индифферентно, недоверчиво и враждебно (например, Саудовская Аравия);
- режимы и общество кооперативно относятся к проведению процесса демократизации и уровень конфликта относительно низок (например, Мексика);

- режимы и общество расходятся во мнении относительно масштаба и темпов демократизации (например, Россия). В зависимости от того, как оцениваются и идентифицируются адресаты содействия или политическая культура, можно запланировать и осуществить целенаправленные меры.

Инструменты внешнего содействия развитию демократии и защите прав человека

Существуют различные формы конкретной поддержки государств в ходе трансформационных процессов. Используемые инструменты отличаются в зависимости от того, какой политический актор оказывает содействие, какому политическому актору в стране-получателе нужно оказать содействие и на какой стадии в настоящий момент находится трансформационный процесс.

Самые основные меры касаются развития функционирующего демократического устройства и его институциональных основ. Возможные меры и инструменты на уровне государства и гражданского общества приведены в следующей таблице:

Уровень/цели	Возможные меры/инструменты
Государство – распространение демократических норм и ценностей, создание демократических структур	• Международные контакты и программы обмена. • Техническое содействие, консалтинг и обучение независимых объединений, партий и правозащитных организаций. • Наблюдение за выборами. • Целенаправленное содействие важным личностям-демократам. • Консалтинг при создании демократических институтов. • Международное давление в пользу уважения прав человека. • Усиление/соблюдение «принципов обеспечения прав человека» (партиципация, авторизация, равенство шансов, недискриминация, обязательная отчетность, транспарентность) путем консалтинга, развития демократических институтов, диалогов и т.д. • Дипломатическая поддержка этнических меньшинств. • Включение трансформационных систем в международные организации (ОБСЕ, Совет Европы, ООН) для усиления демократических принципов. • Совершенствование информационной политики государства в целях большей транспарентности. • Содействие стабильности права путем укрепления и консультирования судов. • Назначение уполномоченных по правам человека в разных институтах. • Программы по борьбе с бедностью





Уровень/цели	Возможные меры/инструменты
Гражданское общество – усиление или создание критического гражданского общества	• Усиление правозащитных НПО в стране. • Содействие и распространение независимых СМИ. • Содействие развитию транснациональных сетей на уровне церквей, партий, профсоюзов, экологических организаций, правозащитных групп, независимых СМИ. • «Capacity-building» (подготовка и повышение квалификации) в союзах и объединениях. • Помощь и консалтинг при создании плюралистического ландшафта СМИ. • Разъяснительная работа по правам человека. • Фаза консолидации: создание и утверждение демократического и правозащитного сознания во всем обществе

См.: «Sandschneider», 1997 и 2003 гг.

Границы внешнего содействия развитию демократии

Нет никаких гарантий тому, что процессы демократизации, поддерживаемые извне, будут успешными. Успех или неуспех зависят от разных факторов, например, от мотивации адресатов, международных рамочных условий или возможной борьбы за перераспределение ресурсов и власти.

Ответ на вопросы касательно оптимальной стратегии также зависит от специфики случая и от того, какие инструменты использует тот, кто оказывает содействие.

Эрнст-Отто Чемпиэль (Ernst-Otto Czempiel) отмечает, что демократизация извне является таковой только тогда, когда оказывается содействие внутренним тенденциям демократизации. Ошибочно мнение о том, что можно навязать демократию, если в самой стране отсутствует ярко выраженная воля к ней. Питер Бёрнел (Peter Burnell) подчеркивает это еще больше: если население довольно современной формой метода «хлеба и зрелищ» (скажем, популярными напитками Café Latte и фильмами на DVD), то зачем тогда нужно что-либо делать тем, кто оказывает содействие развитию демократии?

То, что содействие развитию демократии и защите прав человека действительно являются трудным делом, демонстрирует и тот факт, что около 100 демократических стран, которые несколько лет тому назад начали процессы демократизации, все еще являются так называемыми «переходными обществами» или «неправильными демократиями». Лишь немногие успешно завершили этот переходный период и считаются сегодня достаточно устоявшимися демократиями.

В переходных режимах постоянно ведется борьба за власть: правившие ранее элиты пытаются защитить свои экономические и политические интересы или влияние. Это часто приводит к тому, что вследствие международного давления здесь создается лишь видимость демократии.

Все больше приходится констатировать, что внешнее содействие развитию демократии в государствах с крупными энергетическими ресурсами (Россия, республики Центральной Азии, «нефтережимы» Ближнего и Среднего Востока) или с огромным потенциалом в качестве экономической державы (Китай) становится трудней, поскольку существует экономическая и энергетическая взаимозависимость между «странами-донорами» и «странами-получателями». Готовность стран-доноров побуждать страны-получатели к прогрессу в сфере демократии и прав человека путем политического давления или санкций уменьшается, если страны-доноры одновременно заинтересованы в энергетических запасах, геополитическом позиционировании и сотрудничестве в сфере безопасности (например, в борьбе против терроризма).

Таким образом, можно подытожить, что внешнее содействие развитию демократии является комплексным процессом, который подвергается влиянию разных факторов и должен быть сформирован в соответствии с этим.

К тому же, вопрос о том, как следует проводить демократизацию, не должен рассматриваться в отрыве от проблемы, как после консолидации можно обеспечить, чтобы демократия функционировала так, как это было задумано вначале.



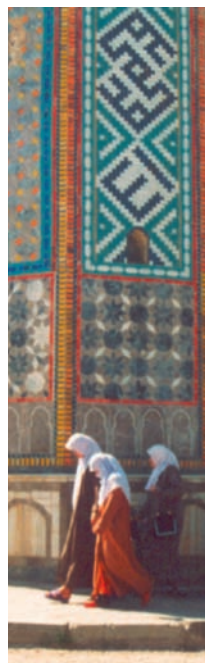
СИТУАЦИЯ В ЦЕНТРАЛЬНОЙ АЗИИ

Ситуация с правами человека и демократией в Центральной Азии

Анна Вольф

Ситуация с правами человека в центральноазиатских республиках бывшего СССР – Казахстане, Узбекистане, Кыргызстане, Таджикистане и Туркменистане, как и прежде, дает повод для беспокойства. На протяжении многих лет международные правозащитные организации Amnesty International и Human Rights Watch предупреждают о нарушении универсальных прав человека в центральноазиатских государствах. Такие международные организации, как, например, Организация по безопасности и сотрудничеству в Европе (ОБСЕ), в которой центральноазиатские республики являются членами с 1992 г., Европейский Союз и западные демократические страны требуют усиления прав человека в регионе. Тем не менее, дефицит демократии и авторитарная форма правления в Центральной Азии едва допускают улучшения в ситуации с правами человека. Внутриполитические отношения препятствуют развитию механизмов правового государства по защите прав человека.

Общим для центральноазиатских республик является то, что политическая власть находится в руках президента страны и его аппарата управления. Законодательная и судебная власти в основном подчинены его влиянию. Хотя конституции центральноазиатских республик содержат принцип разделения властей, неравенство политической власти между исполнительной, законодательной и судебной ветвями власти поддерживается в пользу первой власти за счет того, что она снабжает президента далеко идущими полномочиями. Ввиду того, что президент имеет доступ к



парламенту и судебной власти, отсутствует взаимный контроль конституционных государственных органов для создания политического равновесия (так называемых «сдержек и противовесов»). Вследствие этого отсутствуют институционализированные механизмы, которые могли бы обеспечить прозрачную отчетность в политике.

Однако и вне компетенций президента, закрепленных конституцией, его власть распространяется неофициальным образом на другие области государства. Семейные отношения с лидерами в экономике и общественном управлении обеспечивают широкую лояльность к президенту и его окружению. Коррупция представляет следующее препятствие на пути прозрачного правления страной, правовой государственности и демократии.

Масштабы президентской власти и авторитарного управления государством варьируется в отдельных государствах региона.

В *Казахстане* уже на протяжении 17 лет правит президент Нурсултан Назарбаев, который еще во времена Советского Союза был Первым секретарем Коммунистической партии Казахстана. При нем страна стала развиваться больше в сторону фасадной демократии, в которой, хотя и существуют оппозиционные партии, однако во время предвыборной кампании их систематически ограничивают, а некоторые оппозиционные политики уже живут за рубежом. Казахские СМИ находятся в прочных руках олигархов, верных президенту, критических журналистов запугивают, а прокуратура работает как удлинённая рука исполнительной власти. В результате конституционной реформы в мае 2007 г. Назарбаев обеспечил себе пожизненную власть, при которой он обладает теперь правовой возможностью быть переизбранным на неограниченное количество избирательных сроков.

В *Кыргыстане* с момента выборов Аскара Алиева президентом в 1990 г. образовалась политическая система, которая среди всех центральноазиатских государств обнаруживает самую низкую степень авторитарной политической власти. Так, например, политические волнения из-за нерегулярности парламентских

выборов, а также недовольство населения экономической стагнацией привели в 2005 г. к так называемой «тюльпановой» революции, в ходе которой оппозиционный лидер Курманбек Бакиев был определен временным президентом, а позже утвержден в своей должности на выборах. Правда, со времени парламентских выборов в декабре 2007 г. в народном представительстве оппозиционные партии больше не представлены. К тому же, страна считается очень нестабильной, так как непредсказуемое внутривластное положение обостряется из-за социальных и культурных расколов в киргизском обществе.

В *Узбекистане* при президенте Исламе Каримове образовалось репрессивное полицейское государство, в котором СМИ подвергаются строгой цензуре, оппозиционные партии практически не существуют, а гражданско-общественные организации строго контролируются. Под предлогом борьбы с радикальными исламистами и фундаменталистами преследуются религиозные лидеры.

Усиление такого авторитарного политического режима пережил соседний *Туркменистан*, который обнаруживает тоталитарные черты и считается в мире одним из самых репрессивных режимов.

Развитие *Таджикистана* до настоящего времени характеризовалось гражданской войной в середине 90-х годов, которая как в политическом, так и в экономическом отношении отбросила страну на многие годы назад. Таджикский президент Эмомали Рахмонов определяет внутри- и внешнеполитический курс страны. Опыт населения, обретенный за годы гражданской войны, привел к мнению, что стабильность необходимо достигнуть любой ценой, даже если это повлечет за собой стагнацию. Президент, считающийся отцом мирного договора, выгадывает за счет апатичного политического настроения своего народа.

Изложенные политические рамочные условия в центральноазиатских республиках не позволяют проводить всеобъемлющую защиту универсальных прав человека. В результате недемократических процессов принятия решений в политике,

нестабильности права, ограниченной отчетности, недостаточной готовности к проведению реформ и практического отсутствия политической борьбы за лучшие концепции из-за подавляемой или слабой оппозиции, непрозрачного управления государством, коррупции и nepотизма отсутствуют механизмы, которые необходимы для соблюдения и обеспечения прав и свобод индивидуума.

Вследствие этого в Центральной Азии ограничиваются и нарушаются некоторые права, закрепленные во Всеобщей декларации прав человека, например:

- *на свободу и безопасность лица (ст. 3)*: хотя сокращено применение смертной казни, но полностью она не отменена;
- *право на свободу от пыток (ст. 5)*: пытки и жестокое обращение с заключенными со стороны сотрудников правоохранительных органов и безопасности, согласно независимым докладом правозащитных организаций, все еще вызывают тревогу и довольно распространены;
- *право на свободу слова и свободный доступ к информации (ст. 19)*: журналисты, правозащитники и члены оппозиции преследуются из-за своей работы и выражения своего мнения, на них оказывается давление, частично их арестовывают и осуждают к заключению на несправедливых судебных процессах;
- *право на проведение собраний и создание объединений (ст. 20)*: объединения должны регистрироваться, иначе они считаются неформальными объединениями и запрещены. Предписанные законом условия создают трудности при создании объединений: например, для создания партии необходимо, чтобы в ней состояло определенное число членов (в Казахстане это около 50 тыс. членов). В ходе борьбы с религиозным экстремизмом и терроризмом религиозные объединения и международные организации были объявлены экстремистскими и закрыты без открытого судебного процесса;



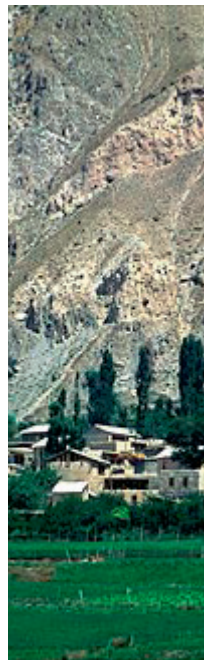
- *право на свободные выборы в равной предвыборной кампании (ст. 21):* в результате манипуляций, злоупотребления общественными ресурсами и ограничения оппозиции в ходе предвыборной борьбы, согласно международным наблюдателям и докладам ОБСЕ, свободные выборы в равной предвыборной кампании не имеют места.

Положение с правами человека в Центральной Азии не было таким тревожным, как сегодня. В ходе трансформационных процессов, происходивших до сегодняшнего дня, центральноазиатские государства в основном превратились в авторитарные политические системы. В результате внесения изменений в национальные конституции президенты с середины 90-х годов стали беспрерывно продлевать сроки своих полномочий. В то же время, находясь в крепких руках государственной власти, гражданское общество получило совсем небольшое развитие. Лишь Кыргызстан слегка отклоняется от этой тенденции развития, как об этом говорилось выше.

Причины недостатка развития демократии и прав человека в Центральной Азии

В начале 90-х годов западный мир связывал большие надежды с тем, что в Центральной Азии возникнут демократические государства – преемники Советского Союза. В те годы были налицо позитивные знаки для успешного процесса трансформации в функционирующие демократии. Последующие годы, однако, показали, что эти надежды не исполнились. Оглядываясь назад, можно объяснить неудавшиеся демократические процессы в Центральной Азии следующим образом.

В центральноазиатских государствах старые коммунистические элиты смогли остаться у власти в новообразованных государствах, причем им удалось быть избранными на политические посты в новых государственных структурах. Чтобы сохранить свою власть и политическое влияние, они инициировали реформы, которые



создали видимость создания демократических структур. Были введены понятия, заимствованные из западных демократий, хотя по содержанию не было и речи о демократических реформах.

В Казахстане президент Назарбаев сумел воспользоваться своим опытом Первого секретаря Коммунистической партии: он владел широкой сетью влиятельных политических союзников и практически полностью контролировал существовавшие управленческие аппараты. В этой связи ему удалось успешно провести макроэкономические реформы, а также создать институциональные структуры в новообразованном государстве. Он создал политическую систему, в которой президенту отводится сильная позиция, и противопоставляет ему двухпалатный парламент, обладающий ограниченными компетенциями. Благодаря умелой и взвешенной внешней политике между Россией, Китаем, ЕС и США, он до сегодняшнего дня защищает свою страну от внешних политических влияний.

Президент Кыргызстана Аскар Акаев, который, как и Назарбаев, был представителем советской номенклатуры, однако выходящем из научных кругов, предпринял серьезные попытки проведения демократических реформ на политическом и общественном уровне. Частично это ему удалось благодаря слабой экономической мощи страны, которая привела к тому, что Кыргызстан раньше привлек зарубежные инвестиции и кредиты. Они оказали позитивное влияние на проведение демократических реформ в стране. Стали развиваться первые зачатки гражданского общества, а также политической системы, в то время как власть в парламенте бездействовала, а независимые СМИ делали репортажи. Эти позитивные процессы, однако, были подорваны тем, что политическая элита все больше стала коррумпированной, из-за чего процесс экономических реформ стал ослабевать и в итоге привел почти к застою.

После того, как Первый секретарь Коммунистической партии Узбекистана Ислам Каримов в первые годы независимости продемонстрировал усилия по продвижению демократических

реформ, во второй половине 90-х годов он относительно быстро вернулся к авторитарному стилю правления.

Подобным же образом проходил процесс развития и в Туркменистане, где Первый секретарь Коммунистической партии Сапармурат Ниязов быстро положил конец усилиям по проведению демократических реформ в стране. При помощи влиятельных структур службы безопасности он укрепил свою власть и создал тоталитарный режим, как в Северной Корее. Абсолютный контроль над СМИ, судебно-правовой системой и международная изоляция страны являются признаками туркменской диктаторской системы.

В Таджикистане короткая фаза политической либерализации и общественной активности была прервана гражданской войной, проходившей с 1992 до 1997 г. Последствия гражданской войны до сих пор препятствуют стране в проведении политических и экономических реформ.

Как видно, в начале 90-х годов центральноазиатские государства прошли фазу политической либерализации. В это время они подписали также ряд международных актов о защите универсальных прав человека: международные пакты о гражданских и политических, а также экономических, социальных и культурных правах; Конвенцию о правах ребенка; конвенции о ликвидации всех форм расовой дискриминации и дискриминации в отношении женщин; Конвенцию против пыток и других жестоких, бесчеловечных или унижающих достоинство видов обращения и наказания. Казахстан последним из центральноазиатских государств ратифицировал в 2005 г. Международное соглашение о гражданских и политических правах. В результате ратификации международных соглашений государства, подписавшие их, обязались привести в соответствие свою правовую и судебную практику с международными положениями. Однако ни одна из центральноазиатских республик до сих пор этого не сделала.

Роль и задачи западных государств и организаций

Западные государства, международные организации и НПО могут поддержать защиту прав человека, процессы демократизации в Центральной Азии, оказывая поддержку имеющимся там демократическим и ориентированным на проведение реформ силам.

Существующий баланс между поддержкой Западом процессов демократизации и усилением защиты прав человека в Центральной Азии обнаруживает противоречия. Геостратегические интересы, попытки завоевать центральноазиатские государства в качестве союзников в борьбе против международного терроризма, а также богатые запасы нефти и природного газа часто заставляли западные правительства смотреть сквозь пальцы на дефицит в сфере прав человека и демократии. А если и критиковались нарушения и недостатки в этих областях, то с этим редко были связаны политические или экономические последствия.

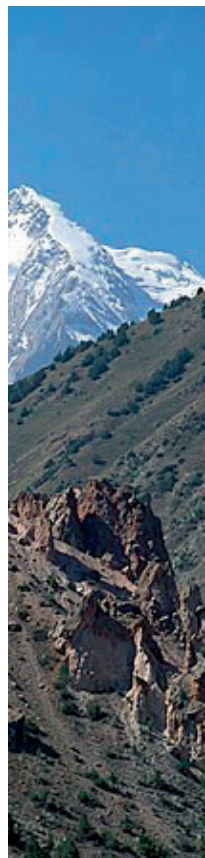
Чтобы в будущем оказывать содействие демократическим усилиям в Центральной Азии, поддержка со стороны Запада должна осуществляться на разных уровнях и охватывать широкий спектр инструментов. Кроме того, необходимо учитывать, что устойчивые политические изменения происходят слишком медленно и, как правило, необходима смена почти двух поколений, чтобы лишиться распространенного до сих пор советского менталитета, а также прежней круговой поруки в обществе.

По этой причине в работе НПО важно готовить будущее, сотрудничая с молодыми и будущими элитами. Как показали так называемые «мирные» революции в Грузии в 2003 г., на Украине – в 2004 г. и в Кыргызстане – в 2005 г., это были в основном молодые представители гражданского общества, которые решительно двигали вперед демократическое развитие в прошлые годы и инициировали решающие политические изменения (молодые журналисты, студенты, парламентарии и т.д.).



Помимо этого, основной целью западных стран должно стать то, чтобы вновь сделать привлекательной демократию как политическое устройство. Население в центральноазиатских государствах собралось свой первый и до сегодняшнего дня яркий опыт демократии начала 90-х годов, когда после развала Советского Союза в Центральной Азии впервые возникли суверенные национальные государства. Большинство населения связывает с демократией состояние анархии в стране, которое недолгое время царило в начале государственной независимости. Эта фаза для многих людей ассоциировалась с материальной неуверенностью и риском, неопределенными перспективами будущего, неожиданным столкновением с полностью новой политической и экономической системой, а также с потерей опеки со стороны государства. И на основании этого негативного опыта большая часть населения готова соглашаться с сегодняшними авторитарными политическими отношениями, чем выступать за проведение демократических реформ. Молодое поколение, в силу своей непредубежденности к демократическим концепциям, способно лучше всех заявить о необходимости именно их осуществления. Это нужно для достижения долгосрочной безопасности и стабильности в Центральной Азии.

Только на первый взгляд кажется, что от авторитарных государств Центральной Азии не исходит опасности политической нестабильности. Однако власть правящих президентов, базирующаяся на авторитарных структурах, весьма быстро может привести к риску нарушения стабильности. Без прочно закрепленных демократических, свободных и честных выборов не может быть механизма мирной передачи дальнейшей власти. В результате неожиданной смерти действующих глав государств может создаться вакуум власти в верхушке государства. В худшем случае возникнет борьба за место президента, в ходе которой образуются фракции, которые вступят в насильственные столкновения друг с другом.



Если западные государства и международные организации серьезно обязуются оказывать содействие защите прав человека и развитию демократии в Центральной Азии, то этого можно добиться лишь огромной готовностью в предоставлении финансовых средств, направлением большего числа экспертов и ноу-хау. ЕС в рамках стратегии и запланированной в будущем активной деятельности в регионе предпринял первый шаг и объявил об увеличении выделяемых финансовых средств для Центральной Азии в общей сложности до 750 млн. евро на период с 2007 по 2013 г.

При оказании содействия развитию стандартов прав человека и демократии, необходимо учитывать как региональные, так культурные особенности и традиции. Это означает также индивидуальный подход к каждой из пяти разных стран Центральной Азии касательно сотрудничества в области политики в целях развития. Ведь эти страны, несмотря на их географическую близость, отличаются по своему историческому развитию и экономическому потенциалу. В этой связи некая общая программа по усилению прав человека и демократии, охватывающая весь регион, не будет эффективной.

Западные государства не должны применять в своей международной кооперации с центральноазиатскими республиками двойных стандартов, устанавливая более низкие критерии в области демократии и прав человека, чем у себя в стране, под предлогом и якобы с учетом региональных особенностей. Это означает и то, что западные государства должны учиться проводить разницу между всерьез воспринимаемыми политическим реформами и их имитацией.

Кроме того, следует учитывать, что «capacity building», т.е. кадровая и организационная политика развития в Центральной Азии, может быть успешной только тогда, когда одновременно будут осуществляться реформы в законодательстве и в сфере политических институтов. Иначе существует опасность, что политические руководящие силы будут лишь умело имитировать видимость соблюдения международных стандартов.

Нужно также стремиться к тому, чтобы западные страны представляли единую позицию по вопросам демократии и прав

человека в Центральной Азии. Стратегия ЕС по Центральной Азии является первой попыткой добиться этого в рамках Европейского Союза. В этой связи необходимо как можно лучше координировать работу международных организаций, государственных акторов и НПО, чтобы экономно использовать ресурсы и добиваться эффекта синергии.

Путем изложенных подходов и инструментов можно противостоять вышеуказанному недостатку в развитии демократии и критической ситуации с правами человека в Центральной Азии.

Библиография

- Аминех, Мехди П.: Политика США, ЕС и Китая в Центральной Азии, в: Центральная Азия, журнал «Политика и современная история», 4/2006 от 23 января 2006 г., стр.11-18.
- Бланк, Штефан: Демократические перспективы в Центральной Азии, в: журнале „World Affairs“, том 116, № 3 / зима 2004 г.
- Международная Амнистия: Центральная Азия, Отчет по проблемам прав человека, Январь 2006 –март 2007, AI Index, EUR 04/001/2007.
- Даудерштедт, Михаэль и Лерх, Марика: Международная поддержка демократии: С ограниченной силой к ограничению власти, в: Реферате «Международный политический анализ»: Мир и безопасность. Бонн: Фонд Фридриха Эберта, март 2005. Можно найти в интернете по адресу: URL: <http://www.fes.de/fes4/publikationen/Dauderstaedt-%20Lerch.pdf>
- Эрдман, Геро: Поддержка демократии и прав человека в Третьем мире: План общей концепции церковного сотрудничества в целях развития. Бонн: Германская Комиссия Justitia et Pax, 1999.
- Фрейзе, Маттиас: Поддержка демократии извне в постсоциалистических преобразованных государствах. Работы стипендиантов Фонда Фридриха Эберта: том 27. Мюнстер: Издательство Лит, 2004.
- Гаврих, Андреа и Лапинс, Вульф: Поддержка демократии в качестве европейской задачи: перспективы восточных стран-соседей ЕС. Берлин: Фонд Фридриха Эберта, 2006. Можно найти в интернете по адресу: URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04433.pdf>
- Общество по техническому сотрудничеству: Подход к правам человека в германском сотрудничестве в целях развития. Справочное издание по заказу Федерального Министерства экономического сотрудничества и развития. Эшборн, май 2006. Можно найти в интернете по адресу: URL: <http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/576/MRA-Factsheet-final.pdf>

- Фон Гумппенберг, Мари-Карин и фон Гумппенберг, Маркус Брах: О роли ОБСЕ, в: Центральная Азия, журнал «Политика и современная история», 4/2006 от 23 Января 2006 г., стр.32-38., Хальбах, Уве: Узбекистан – вызов для западной центрально-азиатской политики. Исследование Фонда науки и политики, стр.26, Берлин, сентябрь 2006.
- Страж прав человека: Обзор по государству Казахстан, январь 2007 г. Права человека и их нарушения в Центральной Азии, Международный евразийский ин-ститут по экономическим и политическим исследованиям, http://www.iicas.org/english/enlibrary/libr_04_07_02kp.htm.
- Крумм, Рейнгард: Центральная Азия – борьба за власть, энергия и права человека, в: Компас 2020. Бонн/Берлин: Фонд Фридриха Эберта, январь 2007 г.
- Лапинс, Вульф: Поддержка демократии в германской внешней политике. Бонн/Берлин: Фонд Фридриха Эберта, март 2007 г. Можно найти в интернете по адресу:
URL:<http://library.fes.de/pdf-files/id/04430.pdf>
- Лерх, Марика: Демократия на подъеме? Внешнеполитическая стратегия поддержки демократии. Серия Компас 2020: Германия в международных отношениях: цели, методы, перспективы. Бонн/Берлин: Фонд Фридриха Эберта, 2007 г. Можно найти в интернете по адресу:
URL: <http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Demokratie.pdf>
- Окс, Михаэль: Права человека в Центральной Азии, в: Бургхарт, Даниэль Л. и Сабонис-Хельф, Тереза: По следам Тамерлана: центрально-азиатский путь в 21-й век, Центр по технологии и национальной политики безопасности (CTNSP), июль 2004 г.

Зандшнейдер, Эберхард: Поддержка демократии извне, в: журнале «Международная Политика», 5/1997, стр. 11-18. Можно найти в интернете по адресу:

URL: http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/mai1997/download/9625dd5c488511db9ff3f5d1fb16d781d781/original_Sandschneider_9705.pdf

Зандшнейдер, Эберхард: Поддержка демократии с внешней стороны: Теоретические и практические аспекты внешней поддержки процессов преобразования. Мюнхен: Центр по прикладным политическим исследованиям, 2003 г. Можно найти в интернете по адресу:

URL: http://www.cap-lmu.de/download/2003/2003_sand-schneider-pdf

Старр, Фредерик: Партнерство для Центральной Азии, в: журнале «Международные отношения», том 84, № 4, июль-август 2005, стр. 164-178.

ОБЩЕЕ ОПРЕДЕЛЕНИЕ ПОНЯТИЯ «ПРАВА ЧЕЛОВЕКА»¹

[...] Правового понятия, которое точно отграничивало бы права человека от других притязаний, вытекающих из международного права, не существует. Однако типичные признаки прав человека можно описать следующим образом:

1. Права человека гарантируют *притязания*. В качестве правовых притязаний они коренным образом отличаются от гарантий, которые представляются лишь как обязательство государств и выполнение которых из-за нехватки соответствующих прав не может быть потребовано теми, для кого они предусмотрены.
2. Эти притязания причитаются *физическим* и частично также *юридическим лицам*. В качестве индивидуальных прав они отличаются от коллективных притязаний, которые могут предъявлять, например, меньшинства или «народы» в рамках права на самоопределение.
3. Эти права принципиально могут быть предъявлены только *по отношению к государству*. Они проявляются в ситуациях, в которых индивидуум противостоит носителям монополии применения силы.
4. Они действуют принципиально в *мирное и военное время*, однако в военные времена могут быть при необходимости временно отменены.
5. Они *гарантируются на международном уровне*. Именно это является международно-правовой основой, а не содержание или

1 Фрагмент из кн.: Вальтер Кэлин (Walter Kälin) и Йорг Кюнцли (Jörg Künzli). Универсальная защита прав человека. – Базель–Женева–Мюнхен: Изд-во «Хельбинг & Лихтенхан/NOMOS», 2005. С. 36–38.

их функция, которая отличает их от основных прав национальных конституций. Международная гарантия означает, однако, также и то, что международное право указывает, что правомочные могут потребовать и добиться своих притязаний на внутрисударственном и частично даже на межгосударственном уровне.

6. Эта международная гарантия появилась на основании опыта государств, согласно которому соответствующие гарантии должны классифицироваться в свете негативного исторического опыта как *необходимые для соблюдения достоинства человека и обеспечения его развития как личности* и тем самым как основополагающие.

Таким образом, под правами человека понимаются правовые притязания лиц, гарантированные международным правом, по отношению к государству или образованию, подобному государству, которые служат защите основополагающих аспектов человеческой личности и ее достоинства в мирное и военное время.

Гарантии, которые вошли во Всеобщую декларацию прав человека и в более поздние договоры, представляют два типа прав человека, которые, с учетом времени их появления в конституциях отдельных государств, до сегодняшнего дня часто обозначаются как два поколения прав человека. С некоторых пор отмечается третье поколение.

1. *Первое поколение*: классически либеральные права человека, обозначаемые сегодня чаще как *гражданские или политические права*, содержат среди прочего гарантии защиты жизни и личной неприкосновенности личности, а также ее безопасности, прав на судебных процессах, религии, свободы слова, свободного осуществления политических прав. Они восходят к американским и французским заявлениям прав человека конца XVIII в. и первоначально были разработаны как защитные права против злоупотребления властью со стороны государства.
2. *Второе поколение*: корни *экономических, социальных и культурных прав* восходят к реакциям XIX в. на крупные социальные проблемы, которые появились вместе с

индустриализацией в Европе. К ним, наряду с правами по обеспечению прожиточного минимума (например, права на питание), относятся гарантии в сфере труда (право на подходящие условия труда, профсоюзные права и т.д.) и в области социальной безопасности или право на образование. Они разработаны как права на участие и обязывают государства реализовывать поступательно определенные правозащитные цели. Наряду с этим они содержат также применяемые напрямую защитные цели, как, например, защиту свободного доступа к имеющейся работе, образованию и питанию или защиту от дискриминации в сфере доступа к государственным услугам (пособиям).

3. *Третье поколение*: к солидарным правам, или правам групп, относятся права на развитие, на мир и чистую и здоровую окружающую среду. Они были разработаны во второй половине XX в. в качестве коллективных прав, однако только частично вошли в существующее международное право (например, в Африканской Хартии прав человека и народов), так как их юридическое содержание (кто имеет право? кто обязан?) еще далеко не ясно, и у них растет оппозиция прежде всего со стороны промышленно развитых стран.

С формально-правовой точки зрения международные права человека в конечном итоге можно описать как «сумму гражданских, политических, экономических, социальных, культурных и коллективных прав, которые закреплены в международных и региональных правозащитных инструментах [или в обычном праве]». Это описание понятий имеет то преимущество, что оно подчеркивает *неделимость и взаимозависимость* прав человека, т.е. признает, что разные категории взаимосвязаны и действительно свобода без минимума экономической и социальной гарантии так же невозможна, как и социальная справедливость без свободы и защиты личной неприкосновенности. В этом смысле в Заявлении и Плане действий Венской всемирной конференции по правам человека от 1993 г. признано: «Все права человека являются всеобщими, неделимыми, обуславливают друг друга и связаны друг с другом».

СТРАТЕГИЧЕСКИЕ ИНТЕРЕСЫ ЕС: БЕЗОПАСНОСТЬ И СТАБИЛЬНОСТЬ²

ЕС имеет ярко выраженный интерес в том, чтобы в Центральной Азии царили мир, демократия и экономическое благосостояние. Цель стратегии ЕС состоит в том, чтобы вместе с центральноазиатскими государствами активно сотрудничать для достижения этих целей и внести вклад в сохранение мира и благосостояния в соседних государствах.

Стратегия основывается на успехах, достигнутых центральноазиатскими государствами еще с момента обретения ими независимости. Она учитывает схожесть между этими государствами, а также специфические национальные реалии и требования.

Далее стратегия опирается на результаты, достигнутые путем реализации разных соглашений о партнерстве и кооперации, программ помощи ЕС и других инициатив ЕС в целях поддержки центральноазиатских государств. Общие интересы ЕС и государств Центральной Азии составляют основу стратегии. Согласование ожиданий центральноазиатских партнеров с ожиданиями ЕС будет проходить как взаимовыгодный и взаимоукрепляющий процесс.

Для ЕС очень большое значение имеют вопросы безопасности и стабильности, а также уважение прав человека и правовой государственности в центральноазиатских государствах, так как



2 Орывок из «Стратегии ЕС по Центральной Азии» Федерального правительства Германии. www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf

- стратегические, политические и экономические процессы развития, а также возрастающие межрегиональные вызовы в Центральной Азии напрямую ил косвенно затрагивают также интересы ЕС;
- с расширением ЕС, включением Южного Кавказа в европейскую политику соседства и инициативы, направленной на синергию в районе Черного моря, Центральная Азия и ЕС сближаются;
- центральноазиатские государства могут внести вклад своими значительными энергоресурсами и диверсификацией, к которой они стремятся, торговых партнеров и путей обеспечения для удовлетворения спроса ЕС на энергетическую безопасность и энергообеспечение.

ЕС убежден, что активное выступление центральноазиатских государств за международное право, правовую государственность, права человека и демократические ценности, а также рыночную экономику будет способствовать обеспечению безопасности и стабильности в регионе и сделает эти государства надежными партнерами ЕС с общими интересами и целями.



Работа Фонда Фридриха Эберта в Центральной Азии

Узбекистан, Казахстан, Кыргызстан, Таджикистан

Государство и общество

- Содействие диалогу между государством и гражданским обществом
- Поддержка плюралистических и демократических структур правового государства
- Содействие свободе информации и СМИ
- Построение диалога между государством и религией

Экономическое развитие

- Содействие региональной кооперации
- Секторальные вклады в развитие экономики: борьба с бедностью путем поддержки малого бизнеса (Узбекистан); Сотрудничество с Центральным банком Узбекистана в повышении квалификации кадров

Региональное сотрудничество

- Предупреждение конфликтов путем участия в решении проблемных сфер – вода, энергия, экология
- Содействие диалогу с Европой по вопросам политики безопасности с учетом влияния США, Китая и России на стабильность



■ Сотрудник из Германии

● Местный сотрудник

○ Столица

ДОПОЛНИТЕЛЬНАЯ ЛИТЕРАТУРА

Содействие развитию демократии и защите прав человека

- **Internationale Demokratieförderung: Mit begrenzter Macht zur Machtbegrenzung**
Michael Dauderstädt und Marika Lerch, 2005
<http://library.fes.de/pdf-files/id/02839.pdf>
- **Demokratieförderung als europäische Herausforderung: Perspektiven für die östlichen Nachbarländer der EU**
Andrea Gawrich und Wulf Lapins, 2007
<http://library.fes.de/pdf-files/id/04433.pdf>
- **Demokratieförderung in der deutschen Außenpolitik**
Wulf Lapins, 2007
<http://library.fes.de/pdf-files/id/04430.pdf>

Kompass 2020 Aufsätze

- Demokratie im Aufwind?: Außenpolitische Strategien der Demokratieförderung, von Marika Lerch, 2007
 - Menschenrechte und internationale Sozialpolitik: Grenzen der Anarchie der Macht, von Erfried Adam, 2007
- Alle Kompass 2020 Hefte finden Sie im Internet unter www.fes.de/kompass2020

Центральная Азия

- **Zentralasien – Eine Innenansicht**
Dr. Reinhard Krumm [Hrsg.], 2006
Electronic ed.: Berlin; Bonn: FES, 2008, ISBN 9967-23-841-0
- **Central Asia's Second Chance**
Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace, 2005, von Martha Brill Olcott
- **Zentralasien. Geschichte – Politik – Wirtschaft/Ein Lexikon**
von Marie-Carin Gumpfenberg und Udo Steinbach
Taschenbuch – Februar 2005
- **Zentralasien – Politische Reisereportagen**
von Elke Windisch– Juni 2007
- **Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft** (Edition Weltregionen) von Bert Fragner und Andreas Kappeler (Broschiert – Juli 2006)
- **Zentralasien, Aus Politik und Zeitgeschichte**, 4/2006, 23. Januar 2006
- **Everyday Life in Central Asia: Past and Present**
von Jeff Sahadeo und Russell Zanca von Indiana University Press, Taschenbuch – Juni 2007
- **Central Eurasia in Global Politics**
on Amineh, Mehdi Parvizi [Hrsg.], 2005
- **Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte**
Kompass 2020, Januar 2007, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Berlin, Dr. Reinhard Krumm
- **A Partnership for Central Asia**
Frederick Starr, in: Foreign Affairs, Vol. 84, No. 4, July/August 2005, pp. 164–178
- **Democratic Prospects in Central Asia**
Stephan Blank in: World Affairs, Vol. 116, No. 3/Winter 2004

ССЫЛКИ

- Eurasia Net
<http://www.eurasianet.org/>
- Linksammlung zu Osteuropa und Zentralasien
<http://www.osteuropa-netzwerk.de>
- Asia Foundation
<http://www.asiafoundation.org/>
- Central Asia Caucasus Analyst
<http://www.cacianalyst.org>
- Central Asian Gateway
<http://www.cagateway.org/>
- EAPO – The Eurasian Patent Organization
<http://www.eapo.org/>
- ECO – Economic Cooperation Organization
<http://www.ecosecretariat.org/>
- KISI – The Kazakh Institute for Strategic Studies
<http://www.kisi.kz/>
- PAIR – The Portal to Asian Internet Resources
<http://digidoll.library.wisc.edu/PAIR/>
- The EU's relations with Eastern Europe & Central Asia
– Tacis Programme
http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/tacis/index.htm
- Nachrichten über Zentralasien
www.wostok.de
- Policy Studies Central Asia
www.policy-studies.de
- Radio Free Europe/Radio Liberty
www.rferl.org
- Unabhängige, nicht-parteiliche Beratungs- und
Forschungsinstitution
www.centralasia-studies.de

- Institute for Public Policy Kyrgyzstan
www.ipp.kg
- The Times of Central Asia
www.times.kg
- International Crisis Group Central Asia
www.crisisgroup.org/home/index.cfm?l=1&id=1251
- Social Research Center American University of Central Asia
www.src.auca.kg/

Ссылки Фонда Фридриха Эберта:

- Referat Mittel und Osteuropa in der Friedrich-Ebert-Stiftung
<http://www.fes.de/international/moe/index.html>
- Website des Regionalprojekts Zentralasien (Taschkent)
<http://www.fes.uz/>
- Website des Menschenrechtspreises
<http://www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/>

Общие ссылки:

- International Crisis Group – Regionalprojekt Zentralasien
<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1251&l=1>
- Freedom House
<http://www.freedomhouse.org>
- Amnesty International
<http://www.amnesty.org/>
- Human Rights Watch
<http://www.hrw.org/>

БИОГРАФИЯ

Евгений Жовтис

Род. 17 августа 1955 г. в г. Алматы, Казахстан

Профессиональная деятельность:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <i>с 1993 г. по настоящее время</i> | <i>директор Казахстанского международного бюро по правам человека и соблюдению законности, Алматы</i> |
| 1991 – 1996 | заместитель председателя независимого Союза проф союзов в Алматы |
| 1977 – 1991 | инженер, исследователь Института горного дела в Алматы |

Образование:

- | | |
|-------------|---|
| 1996 – 1999 | учеба в юридическом институте «Адилет», Алматы, дипломированный юрист |
| 1986 – 1989 | Московский институт по проблемам утилизации мусора, Академия наук СССР
Защита кандидатской диссертации по специальности
«Горно-промышленное дело» |



Социальная и международная деятельность:

2005 – по сегодняшний день	член экспертной группы ОБСЕ по разработке основных направлений гражданских инициатив
2004 – по сегодняшний день	член экспертной группы в Министерстве юстиции Казахстана по отмене смертной казни в Казахстане и проведению реформ в судебно-правовой системе
2004 – по сегодняшний день	член комиссии по правам человека в Казахстане
2001 – по сегодняшний день	член различных групп по обращениями солидарности по поддержке преследуемых оппозиционеров и журналистов, как, например, Галымжана Жакижанова, бывшего мэра Павлодарского края, и Сергея Дуванова, журналиста
1999 – по сегодняшний день	член правления Фонда Сороса в Казахстане
1997 – по сегодняшний день	член правления «Central Asian Sustainable Development Information Network» (CASDIN)
1985 – 1989	член правления «Мемориал»



РЕЧЬ ГОСПОЖИ АНКЕ ФУКС, ПРЕДСЕДАТЕЛЯ ФОНДА ФРИДРИХА ЭБЕРТА

Уважаемый господин Посол **Кайрат Сарыбай**,
уважаемый господин государственный министр, дорогой **Гернот Эрлер**,
дорогая **Хэрта Дойблер-Гмелин**, председатель Комитета по правам человека и гуманитарной помощи в Германском Бундестаге,
Федеральный Министр в отставке,
Ваши Превосходительства,
дамы и господа депутаты,
дорогие гости и не в последнюю очередь дорогой господин **д-р Жовтис**, почетный гость сегодняшнего вечера и Лауреат премии по правам человека 2007 Фонда Фридриха Эберта.

Дамы и господа, я очень рада приветствовать Вас по случаю присуждения премии Фонда Фридриха Эберта по правам человека за 2007 год в нашем Центре конгрессов в Берлине. Но вначале я хотела бы выразить искреннюю благодарность пианисту Данияру Есимханову из казахского города культуры Алматы.

Фонд Фридриха Эберта присуждает нынешнюю премию по правам человека господину д-ру Евгению Жовтису, который на протяжении многих лет и сегодня работает руководителем Казахстанского Международного бюро по правам человека и с необычайной активностью выступает за достоинство человека и его универсальные права.

Дамы и господа, необходимо каждый раз отдавать себе отчет в том, что права человека являются правами, принадлежащими от природы каждому отдельному человеку в силу его человечности и его достоинства. К ним относятся, например, право на жизнь и



личную неприкосновенность, право на свободное развитие личности, право на свободный выбор профессии, равенство перед законом, равноправие мужчины и женщины, свобода слова, свобода образования объединений. И это всего лишь несколько прав человека, о которых хотелось бы напомнить.

Эти права человека составляют неотъемлемую основу любой человеческой общности, основу мира и справедливости в мире. Никакое государство, никакой институт, никакая личность не смеют нарушать эти права человека; никто не имеет права принуждать другого отказаться от них.

Защита этих прав была закреплена как всеобщее обязательство на Генеральной Ассамблее ООН 10 декабря 1948 г. во Всеобщей декларации прав человека.

Дамы и господа, мы все знаем, что защита прав человека ни в коей мере не является само собой разумеющейся. История, прежде всего наша собственная, и современность каждый раз демонстрируют нам самые тяжкие ситуации унижения человеческого достоинства.

Поэтому гамбургская семейная пара Ида и Карл Файст, благодаря своему завещанию, дали нам возможность присуждать ежегодно премию Фонда Фридриха Эберта по правам человека и тем самым способствовать тому, чтобы обращать внимание на ситуацию с правами человека с мире и чествовать храбрых людей, выступающих за защиту прав человека – часто вопреки суровым санкциям.

С 1994 г. Фонд Фридриха Эберта награждает личностей, активно вступающих за других людей и их права. Так, например, в прошлом году такую премию получил тайский представитель профсоюзов.

Я хотела бы отметить это, так как господин д-р Жовтис еще во времена Советского Союза работал инженером в области горной металлургии и боролся с государственными властями за улучшение крайне жестких, часто опасных для жизни условий труда горняков. Благодаря этой работе выросло такое большое доверие к нему, что он после развала Советского Союза и обретения Казахстаном

независимости в 1991 г. был назначен заместителем председателя Союза независимых профсоюзов Казахстана.

Однако еще во времена Советского Союза с господином Жовтисом произошел ярко запоминающийся случай, который в итоге определил направление его жизни.

Его отец в Советском Союзе был очень авторитетным ученым, который критически относился к советской системе. В доме Жовтисов читали публикации, которые официально были запрещены. Однажды вечером его мать начала сжигать на кухне книги вплоть до ночи. И это произошло как раз вовремя, так как на следующий день государственные органы безопасности стали обыскивать в течение восьми часов квартиру семьи Жовтисов. К счастью, безуспешно.

Нам, немцам, достаточно известно таких случаев из нашей истории. Недавно фильм «Жизнь других» (нем.: «Das Leben der Anderen») получил в США премию Оскара. Волнующее произведение показывает отношения между диктаторской государственной властью и ее критиками, так называемыми «другими», в ГДР. В Советском Союзе семья Жовтисов относилась к «другим».

Чувство бессилия перед произволом со стороны государства было для господина Жовтиса невыносимым. Господин Жовтис не забыл жизнь «других». Для него права человека и правовое государство были настолько жизненно важными, что он выбрал карьеру ученого-правоведа. Со времени развала Советского Союза и обретения независимости Казахстаном в 1991 г. он защищает в качестве адвоката тех людей, которые борются за свое достоинство, свои основные права, за демократию и правовое государство.

Казахстан, занимающий девятое место в мире по величине, принял демократическую конституцию. Страна, богатая сырьем, переживает в настоящее время удивительный экономический подъем. За такое экономическое развитие и модернизацию страна получает заслуженным образом аплодисменты международного сообщества. Но прогресс в сфере правовой государственности и

демократизации развивается, к сожалению, значительно медленней по причинам, о которых мы, находясь в Германии, не можем судить конкретно.

Во многих странах мира, равно как и в Центральной Азии и в Казахстане, ускоряется модернизация экономики. Это также улучшило жизнь многих людей. Этого нельзя никак отрицать. Политические реформы при этом, однако, слегка отходят на задний план. При этом некоторые представители правительств говорят об «авторитетной модернизации» и необходимости «управляемой демократии». И затем нередко в конституционной действительности права человека становятся жертвой стремления к экономическому развитию и политической стабильности.

Именно это подвергается критике со стороны многих правозащитных организаций. Правительство Казахстана якобы слишком направляет свой взгляд в сторону развития нефти и природного газа, на войну против террора и стремление к геополитическому влиянию. Будто бы при продвижении этих бесспорно важных интересов такие права, как свобода слова, свободный доступ к информации и публичные, а также критические дебаты, менее желанны.

Работа Фонда Фридриха Эберта, который на протяжении более чем десяти лет в Казахстане выступает за демократические ценности, экономическое развитие и социальную справедливость, направлена на преодоление этих целевых конфликтов и проблем. Наша работа по достижению этих целей охватывает сегодня широкий спектр. Я хотела бы назвать лишь несколько пунктов:

- конференции и семинары с независимыми журналистами и представителями государственных ведомств, прессы и информации на тему свободного доступа к информации и свободы слова;

- специальные конференции и консалтинговые программы с Высшим административным судом, чтобы для граждан был открыт путь для обращений в суд против произвола властей;
- разработка консалтинговых программ и программ по обучению молодых политиков, работающих в разных партиях во имя будущего страны, и программ для политической работы и участия граждан.

Интерес к этим мероприятиям очень большой. При этом Фонд Фридриха Эберта ни в коем случае не руководствуется тем, чтобы переносить опыт Германии на страны Центральной Азии. Но – и это следует выделить особо – казахстанское правительство, решающие политические силы и представители гражданского общества в Казахстане желают познакомиться с политическим опытом Германии и обсуждать его. Мы охотно выполним это желание по международному сотрудничеству.

Интерес в Казахстане и других странах Центральной Азии к Германии основывается на том опыте, который был у Германии в 20-м веке, в двух направлениях: во-первых, это опыт восстановления после Второй мировой войны и, во-вторых, опыт воссоединения Германии после развала ГДР.

В обеих эпохах мужественные и дальновзоркие немецкие политики, а также граждане доказали, что именно политическое состязание и критические публичные дебаты способствуют экономическому развитию, развитию демократии и справедливости в стране и, тем самым, могут обеспечить внутренний мир и социальную сплоченность.

Уважаемый господин д-р Жовтис, Ваша работа во имя свободы и справедливости в Казахстане также подтвердила этот опыт.

Уважаемые дамы и господа, во всем мире, к сожалению, каждый раз приходится наблюдать, что стабильность, предписанная только сверху или созданная искусственно, может быстро превратиться в хаос и насилие. Устойчивое развитие нуждается в

политических реформах, в конструктивном, но в критическом диалоге между государством, политическими силами и гражданским обществом.

Права человека не являются роскошью, они не могут оставаться привилегией некоторых регионов или общественных элит. Нет, они должны действовать в этом мире везде. Без них демократическое, социальное и правовое государство немыслимо. Поэтому Фонд Фридриха Эберта со своими партнерами выступает по всему миру за права человека.

Дорогой господин д-р Жовтис, Ваша мужественная работа в области прав человека высоко оценивается далеко за пределами Вашей страны. Вы самоотверженно боролись за людей, которых преследовали за политические убеждения.

Дамы и господа, Фонд Фридриха Эберта присуждает премию по правам человека за 2007 год господину д-ру Жовтису за

- его непоколебимую борьбу за справедливость и демократические ценности в Казахстане и Центральной Азии,
- его мужественное выступление не только в качестве адвоката политически преследуемых оппозиционеров, но и за построение правового государства в своей стране,
- его образцовую активность за права человека в качестве основы демократического развития в Центральной Азии,
- его выдающуюся роль в общественном диалоге о политических реформах.

Госпожа Фукс вручает грамоту господину д-ру Жовтису.





URKUNDE

Der Menschenrechtspreis 2007 der Friedrich-Ebert-Stiftung wird verliehen an

Премией Фонда имени Фридриха Эберта в области прав человека
за 2007 год награждается

Dr. Jevgenij Zhovtis

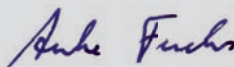
д-р. Евгений Жовтис

Direktor des Kasachischen Internationalen Menschenrechtsbüros
директор Казахстанского международного бюро по правам человека

in Anerkennung und Würdigung
в знак признания и высокой оценки

- seines unbeeinträchtigten Einsatzes für Gerechtigkeit und demokratische Werte in Kasachstan und in Zentralasien,
его последовательной и активной работы в интересах справедливости и демократических ценностей в Казахстане и Центральной Азии,
- seines mutigen Eintretens nicht nur als Anwalt politisch verfolgter Oppositioneller, sondern auch für den Aufbau eines Rechtsstaates in seinem Lande,
его мужественной работы не только в качестве адвоката представителей оппозиции, подвергающихся политическому преследованию, но и в интересах строительства правового государства в своей стране,
- seines vorbildlichen Engagements für die Menschenrechte als Grundlage für eine demokratische Entwicklung,
его образцовой работы в интересах прав человека как основы демократического развития,
- seiner herausragenden Rolle im öffentlichen Dialog über politische Reformen.
его выдающейся роли в общественном диалоге о политических реформах.

Berlin, 21. Mai 2007
Берлин, 21 мая 2007 года



Anke Fuchs
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Анке Фукс
Председатель Фонда имени Фридриха Эберта

Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung
wird aus dem von ihr verwalteten Feist-Fonds in Erfüllung
des Vermächnisses von Karl und Ida Feist vergeben.

Награждение Премией Фонда имени Фридриха Эберта в области
прав человека производится за счет средств управляемого им Фонда
имени супругов Фейст во исполнение заветов Карла и Иды Фейст.



РЕЧЬ ПО СЛУЧАЮ ВРУЧЕНИЯ ПРЕМИИ ФОНДА ФРИДРИХА ЭБЕРТА ПО ПРАВАМ ЧЕЛОВЕКА, 21 мая 2007 г.

Евгений Жовтис,

директор Казахстанского международного бюро по правам человека, Алматы; Лауреат международной премии США и Европейского Союза за демократию и гражданское общество 1998 г., премии Международной лиги по правам человека 1999 г., а также премии Международной Хельсинкской федерации 2005 г.

Господин государственный секретарь, дамы и господа!

Для меня большая честь принять премию Фонда Фридриха Эберта, одного из самых влиятельных институтов гражданского общества не только Германии, но и всей Европы.

Эта награда является не только признанием моих весьма скромных, по меньшей мере, что касается результатов, заслуг в оказании содействия развитию демократии и построения правового государства, а также уважения прав человека в постсоветских странах Центральной Азии, прежде всего – на моей родине, в Казахстане.

Эта награда является, скорее, хорошей возможностью оглянуться назад на то, что произошло в мире и в этом регионе за последние пятнадцать лет после развала Советского Союза, и посмотреть вперед на то, что ожидает нас в ближайшем и далеком будущем. Каковы перспективы демократии, верховенства закона и прав человека в этом регионе с учетом внутренних ресурсов и роли международного сообщества.



В послании к Международной конференции по правам человека, состоявшейся в июне 1993 года в Вене, группа лауреатов Нобелевской премии отметила, что один из важнейших уроков со времени Второй мировой войны заключается в необходимости уважать права человека, что составляет решающую основу мирового порядка.

Они заявили, что без свободы и справедливости не может быть настоящего мира, что длительный мир должен базироваться на неограниченном уважении достоинства человека, что права и свободы человека неразрывно связаны друг с другом и имеют универсальный характер. И что поэтому долгом правительств всех стран является создание международных и национальных условий, в которых на самом деле следует уважать неотъемлемое достоинство и ценность каждого человека, и чтобы каждый человек имел возможность максимально реализовать свой потенциал. И самый лучший путь к достижению этой цели состоит в политических системах, которые опираются на истинно демократическое участие всех людей.

Кроме того, национальные интересы должны сочетаться с международными обязательствами. Выдающееся значение этого послания лауреатов Нобелевской премии, которые представляют разные страны, континенты, культуры и конфессии, заключается в признании универсального характера прав и свобод человека и уважении его достоинства. Универсального характера, который опирается на общее представление человечества о фундаментальных ценностях человеческого бытия, которые не зависят от этнического происхождения, пола, места жительства или веры.

Культурные, исторические и прочие различия способны лишь обогатить это представление, но не могут поставить его под вопрос.

Я родом из страны, региона, который в шутку можно ассоциировать со следующей метафорой.

В советские времена в общественно-политической сфере мы должны были говорить, что дважды два будет двадцать пять. Непосредственно после начала перестройки было объявлено, что



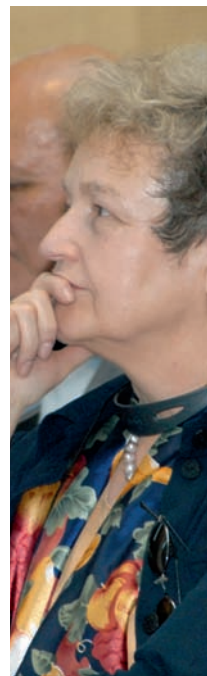
дважды два должно быть восемь, при этом нужно было быть благодарным руководству за то, что от нас больше не требовалось говорить двадцать пять. В последующие десять-пятнадцать лет после развала Советского Союза нас, хотя и не заставляли, но требовали в добровольно-принудительном порядке думать, что дважды два будет 4,8 или 4,5, в зависимости от жесткости или мягкости авторитарных тенденций в той или другой стране.

При этом наши власть имущие иногда указывают на США и европейские страны, в которых также время от времени утверждается, что по причинам политической целесообразности и борьбы против терроризма необходимо, чтобы дважды два было равно 4,15.

И при этом абсолютно необходимо со всей энергией бороться за то, чтобы было признано, что дважды два равно четырем. Я думаю, что премия Фонда Фридриха Эберта является также признанием всех правозащитников и либералов в бывшем Советском Союзе, которые упрямо придерживаются простой арифметики, что дважды два равно четырем, и которые не готовы поддаваться обоснованиям для каких-либо других результатов умножения этих двух цифр.

Проблема манипуляции, жонглирования и подмены понятий ключевых элементов человеческого измерения – развития демократии, верховенства закона и уважения прав человека – стала настолько злободневной в мире, что это заслуживает самого высокого внимания.

Создается впечатление, что человечество возвращается к противостоянию между представителями Советского Союза и демократических государств по подготовке Всеобщей декларации прав человека. Я хотел бы напомнить о том, что в свое время представители социалистических государств выступали за приоритет экономических и социальных прав в сравнении с политическими правами и гражданскими свободами. «Человеку нужен хлеб, свобода может подождать» – такова была их аргументация.



На это последовал великолепный ответ представителя одного из демократических государств, я думаю, что он был из Великобритании, который сказал, что человечество работает над основным документом в области прав человека во имя свободных людей, а не во имя хорошо упитанных рабов. Свобода и демократия являются путем к развитию, к эффективной экономике и к соблюдению экономических и социальных прав. Вся мировая история, за немногими исключениями, подтверждает эту истину. Иначе быть не может.

Развитые демократические государства, их руководство и их народы несут особую ответственность за сохранение этих основополагающих представлений, этих фундаментальных ценностей, этой достаточно простой и в то же время крайне сложной арифметики.

Сообществу демократических государств это удается, к сожалению, до сих пор лишь с большим трудом. Правозащитники в нашем регионе иногда отмечают, что в мире есть четыре врага свободы, демократии и прав человека: нефть, газ, борьба с терроризмом и геополитические соображения.

Со временем эти четыре врага становятся не слабее, а, наоборот, всё сильнее. В мире отмечается кризис универсальности прав и свобод человека, все чаще применяются двойные стандарты.

Политики некоторых демократических государств убедили себя в этом и пытаются де факто убедить как свой народ, так и другие народы в том, что особые политические интересы, интересы безопасности позволяют несколько адаптировать фундаментальные представления о демократии, верховенстве закона, правах человека и гражданских свободах.

И если они это делают на базе в Гуантанамо, в тюрьме Абу Грейб или в целом в Ираке, в Афганистане, в рамках миграционной политики в Европе или при решении межконфессиональных проблем, они и их страны все больше теряют моральное право утверждать, что демократия, свобода и права человека являются

ценностями, в которые они сами верят и которыми они руководствуются в отношениях с другими.

В мире наступил кризис в международных обязательствах в области человеческого измерения, в сфере прав и свобод человека.

Не только страны с авторитарными режимами, к которым относится большинство стран бывшего Советского Союза, но и такие типичные диктатуры, как Туркменистан, ратифицировали множество основополагающих договоров о правах человека, являются членами ОБСЕ, некоторые даже Совета Европы.

Все они грубейшим образом нарушают свои правовые обязанности, вытекающие из этих международных договоров, или политические либо моральные обязательства по человеческому измерению в рамках организаций, членами которых они являются. А демократическое международное сообщество не имеет механизмов влияния на них.

ООН, как и ОБСЕ или другие региональные организации, обладает лишь ограниченными политическими возможностями, чтобы обеспечить признание и практическую реализацию принципа универсальности прав человека.

Анализируя ситуации относительно развития демократии и прав человека в разных странах на пространстве ОБСЕ, развитые демократические государства, прежде всего европейские государства, вместо применения ясных критериев, закрепленных в международных договорах о правах человека и документах ОБСЕ, во все большей степени начали практиковать так называемую сравнительную процедуру.

«Ситуация в Казахстане, например, лучше или хуже, чем в Туркменистане или Узбекистане?», – спрашивают политики в Брюсселе, Вене или Страсбурге. «Лучше», – звучит ответ послов западноевропейских государств в Астане, столице Казахстана. И таким образом определяется положительное развитие?!

С таким же успехом можно было бы использовать в качестве критериев сравнения Северную Корею, Мьянму, Кубу и т.д.

В этих условиях Казахстан, как и Кыргызстан, Таджикистан, Азербайджан, Россия или Беларусь, которые во многих отношениях не отвечают закрепленным в документах ОБСЕ международным стандартам прав и свобод человека, демократии и правового государства, выглядят более или менее приемлемо, поскольку на этой шкале критериев еще есть Туркменистан и Узбекистан.

Пленниками этой политики являемся, к сожалению, мы все – как демократические государства – члены ОБСЕ, так и правящие элиты в странах, стремящихся к демократическому развитию, и страны, имитирующие демократические реформы, и их народы.

Хотя это парадоксально, но сегодня принципы и основы Декларации прав человека, международные пакты о гражданских и политических правах, а также об экономических, социальных и культурных правах стали еще абстрактнее, чем они были 50–60 лет тому назад, когда эти документы принимались.

Мир стоит перед крайне серьезным вызовом.

Или политика двойных стандартов, идея «политической целесообразности», концепция приоритета государственных интересов над индивидуальными свободами и правами побеждает и «хоронит» тем самым фундаментальные представления о свободе и справедливости, за признание которых человечество заплатило уже слишком высокую цену. Или эти основополагающие, общечеловеческие универсальные ценности, воплощенные в правах и свободах человека, станут нерушимым фундаментом любой глобальной политики.

И как бы это парадоксально ни звучало, эта констатация существенно далека от идеализма и близка к прагматизму, если думать о будущем народов и не иметь в виду судьбы и амбиции тех или иных глобальных политических лидеров.

В связи с этой крайне сложной задачей многократно повышается ответственность демократических государств, включая европейские, их политических элит и народов.



Хотелось бы надеяться, что осознание этой ответственности выльется в действенные практические шаги.

После распада Советского Союза и появления новых независимых государств широко распространилась надежда, что этот регион, в том числе и регион Центральной Азии, пошел по пути демократического развития.

На этом предположении основывалась также политика международного сообщества в регионе в области развития демократии, правового государства и уважения прав и свобод человека. Признавая факт, что Центральная Азия достаточно далеко расположена от центра европейской политики и, конечно, то, что эта политика была не слаженной и не ярко выраженной, в основе этой политики, по меньшей мере, так это представляется для наблюдателя из самого региона, находился ряд существенных тезисов:

- представители бывшей коммунистической партийной номенклатуры, стоящие у власти, склонные к проведению экономических и политических реформ. Тем более что они стоят во главе государств, ставших независимыми, и потому хотят быть принятыми в международное сообщество и стать участниками международных отношений и международной торговли. Это желание само по себе является хорошим катализатором прогресса на пути демократизации;
- процесс демократизации требует более длительного времени и смены не менее одного или двух поколений, прежде всего смены носителей советского мышления и коммунистической идеологии. Поэтому необходимо сделать ставку прежде всего на толчок к проведению системных реформ там, где это возможно, на работу, ориентированную на будущее, на обучение последующих поколений, которые не обременены советским прошлым и восприимчивы к новым прогрессивным и более рациональным механизмам управления государством и обществом;



- устойчивое развитие включает в себя прежде всего развитие экономики и обеспечение безопасности; и если правящая элита в той или иной степени гарантирует это, то можно «простить» некоторые отклонения от фундаментальных представлений о демократии и правах человека, закрепленных в международных обязательствах, которые были взяты руководствами этих стран, например, в качестве членов ОБСЕ;
- содействие развитию свободы, демократии, идей открытого гражданского общества, правового государства и защите прав человека должно осуществляться с учетом менталитета, традиций и культурных особенностей народов региона.

Однако здесь следует обратить внимание на следующее.

Спустя более пятнадцати лет после распада Советского Союза во всех странах региона образовались авторитарные персонифицированные политические системы. Вся власть сконцентрирована в руках руководства государств, президентов и их окружения. Без однозначно выраженной политической воли глав государств более или менее важные политические или экономические решения невозможны. При этом упомянутая политическая воля должна быть выражена не только эксплицитно, она должна сопровождаться конкретными шагами по ее практической реализации.

Особо важно отличать действительную политическую волю к проведению демократических реформ от ее имитации.

На территории бывшего Советского Союза находящиеся у власти постсоветские элиты научились строить не только «управляемые демократии», как это было определено президентом России Владимиром Путиным, но и «имитируемые» или «мнимые» демократии.

Это означает, что системы государственного или общественного устройства, которые по своей форме (наличие Конституции, выборов, парламентов, местных представительных органов и органов власти, политических партий, средств массовой

информации и т.д.) похожи на конституционные демократии, но по своему содержанию недалеко ушли от советской системы.

Сегодня приходится со всей ясностью констатировать, что ожидания от постсоветских элит, что они способны к развитию в направлении демократических институтов, механизмов и процедур, не исполнились.

Как в свое время метко сформулировал бывший премьер-министр России Виктор Черномырдин: «В сегодняшней России ты можешь создать любую политическую партию, но в конце все равно получится КПСС».

Эти элиты модифицировались, став тоталитарными, жестокими или мягкими авторитарными режимами, которых мало тянет к демократическим реформам и которые к тому же еще и вынуждены находить ответы на три существенных вопроса.

Здесь следует отметить, что важнейшей «собственностью» партийной номенклатуры в советские времена было кресло, которое открывало доступ к благам, льготам, дефицитным товарам и прочим привилегиям, которые были связаны с принадлежностью к кругу избранных. Деньги и недвижимость сами по себе не имели такого значения, как место в партийной иерархии, которое определяло возможности влияния и доступ к благам.

С начавшимся переходом к частной собственности и рыночной экономике ситуация изменилась коренным образом. Теперь главная задача заключалась в том, чтобы конвертировать кресло в деньги и имущество в виде фабрик, заводов, домов и кораблей, что с переменным успехом и делалось партийной номенклатурой во всех республиках бывшего Советского Союза.

Сохраняя постоянный контроль над правоохранительными органами (что одновременно означало защиту от возможных расследований) и общегосударственными средствами массовой информации (это означает, что контролируется доступ населения к информации), партийная номенклатура параллельно с этим начала строить новую государственность, реформировать экономику и

обеспечивать свои интересы в ходе разгосударствления и приватизации.

После завершения этапа создания основ рыночной экономики, прежде всего после приватизации, точнее говоря, передела собственности между представителями политической элиты, которая во всех странах региона в той или иной форме стояла у власти, перед ней стояли три решающих жизненно важных вопроса:

- 1) легитимация результатов приватизации в общественно сознании. Проще говоря, речь идет о согласии народа с тем, что имущество уже распределено и разделено и что с этим нужно смириться. Варианты для этого «нужно смириться» могут быть разными: от контроля над правоохранительными органами и информацией до пресечения любого выражения недовольства; согласие с результатами первичной «дикой» аккумуляции капитала, так как те, кто «нашел» этот капитал, делят его с народом и обеспечивают ощутимый рост благосостояния и улучшение жизненного уровня; и потом, в конце концов, можно сказать: «Ну их к черту, всё равно ничего не сделаешь»;
- 2) легализация капитала и собственности, накопленных тяжелым трудом, чтобы можно было спать спокойно и не бояться того, что любая смена власти или любое несогласие с ней привет к «звонку в дверь» налоговой полиции, прокуратуры или органов национальной безопасности;
- 3) обеспечение гарантии против любой ревизии результатов приватизации, раздела имущества, против расследования и уголовного преследования в случае смены политической элиты у власти.

Пока правящие элиты не найдут удовлетворяющие ответы на эти вопросы, все постсоветское пространство будет находиться в состоянии постоянной открытой или скрытой политической нестабильности. Первыми государствами на постсоветском пространстве (за исключением прибалтийских стран), которые стали

настойчиво искать ответы на эти вопросы, являются Грузия, Украина и, в определенной степени, Кыргызстан. Посмотрим, какие решения будут найдены и насколько они обещают успех, хотя в этих странах, по всей вероятности, только началась и еще будет продолжаться несколько лет смена партийной номенклатуры, пока этот процесс не завершится и не выльется в определенную стабильность политического развития.

Находящиеся у власти авторитарные вожди пытаются убедить свои народы и мировое сообщество в том, что созданные ими системы стабильны и что поэтому эта стабильность не должна подвергаться опасности любым движением в направлении демократии. Впрочем, эту аргументацию можно услышать также из уст западных политиков.

Однако стабильность – это не статичное, а динамичное понятие. Стабильность, основанная на бессменном вожде, является стабильность личностного, а не институционального характера. Это не динамично развивающаяся стабильность, которая основывается на системе сдержек и противовесов, разделения власти, верховенства закона и равенства всех перед законом. В случае необходимости поиска преемника или передачи власти она неизбежно окажется под угрозой.

Также не исполнились ожидания о том, что с падением Железного занавеса идеи свободы и демократии окажутся достаточной мотивацией для народов региона, чтобы потребовать и добиться изменений, чтобы получило развитие гражданское общество и люди активно участвовали в политических и экономических преобразованиях своей страны.

Идеи свободы и демократии, к сожалению, в значительной степени дискредитированы, общество политически равнодушно, отделено от власти и с легкостью возвращается в то состояние, в котором им можно манипулировать с помощью пропаганды, схожей с советской, а также с помощью политических технологий, которые



не имеют ничего общего с принципами порядочности и морали.

Когда я так говорю, я меньше всего хочу быть похожим на правозащитника и идеалиста, который хотел бы видеть демократию в своей стране сию минуту и потому так нетерпелив и критичен.

Как раз наоборот, это – реальная оценка положения и попытка найти выход из ситуации, искать действенные стратегии.

Этот выход ищет также демократическая часть казахстанского общества, его ищет международное сообщество, включая европейские страны, в соответствии со своими экономическими и геополитическими интересами в регионе.

Его ищут, обсуждая заявку Казахстана на председательство в ОБСЕ, развивая стратегию ЕС по Центральной Азии, в довольно трудном диалоге с Россией.

Его ищут путем диалога с властью имущими в странах региона, стараясь вовлечь их в дискуссию о политическом развитии и принятых в цивилизованном мире демократических правилах и процедурах.

Конечно, диалог лучше, чем его отсутствие, однако диалог должен вести к результатам, хоть и небольшим, но все же к каким-нибудь результатам. И диалог должен быть построен на определенных принципах и ценностях, прежде всего на таких, за которые выступают демократические государства, в которые они верят и которые они продвигают, на тех фундаментальных принципах и ценностях, в которые верят также демократические силы на территории бывшего Советского Союза.

Этим принципам и ценностям нет альтернативы. Об это свидетельствует история человечества, однако их признание на уровне государственной политики и общества требует огромных усилий.

Я родился в Советском Союзе, провел большую часть своей жизни в этом государстве и в 1984 году даже представить себе не мог, что спустя пять-шесть лет его больше не будет, но что я смогу ездить по миру, свободно говорить и стараться продвигать вперед демократию и права человека в своей стране.

Именно этот опыт не дает мне стать пессимистом. Я – оптимист, даже если умеренный оптимист, и думаю, что, несмотря на все зигзаги, мы все-таки продвигаемся в направлении свободы и демократии и дойдем. И я надеюсь, что международное сообщество, европейские страны и Германия нам в этом помогут.

Благодарю Вас за внимание!

Берлин, 21 мая 2007 г.



Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Referat Entwicklungspolitik sowie

Redaktion

Daniela Hinze, Anna Wolf

Layout:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Fotos:

Marc-Steffen Unger

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2008

Выходные данные

Издатель

Фонд Фридриха Эберта
Международное сотрудничество в целях развития
Отдел Политика в целях развития а также

Редакция

Даниела Хинце, Анна Вольф

Оформление

ООО Пелленс Коммуникационсдизайн

Фото

Штеффен Унгер

© Фонд Фридриха Эберта 2008





**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**